

APRIL 2025

Schweizer Revue

Die Zeitschrift für
Auslandschweizer:innen



**Kleinräumig und grossartig:
Das kulinarische Erbe der Schweiz**

**In der Beziehungskrise zwischen der Schweiz
und der EU naht die Stunde der Wahrheit**

**Holzhäuser, die am Himmel kratzen:
Die Schweiz zimmert gerade neue Weltrekorde**

Über Grenzen hinweg. Wir bleiben die nahe Bank für Ausland- schweizerinnen und -schweizer.

Wir bieten Ihnen eine persönliche und professionelle Betreuung,
die höchsten Qualitätsansprüchen genügt.



EIN STÜCK HEIMAT SCHENKEN!



Unsere Sommer- & Winterlager verbinden junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer mit ihrer Heimat - voller Abenteuer, Freundschaft und einzigartiger Erlebnisse.



Jetzt spenden und unvergessliche Momente ermöglichen.



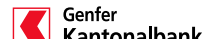
Auslandschweizer-Organisation (ASO)

Unsere Partner:

travel switzerland



SWI swissinfo.ch



4 Schwerpunkt

Die Schweiz und die EU wollen jetzt ihre Beziehungskrise überwinden

9 Nachrichten

Nach dem Credit-Suisse-Debakel geht das Ringen um strengere Regeln weiter

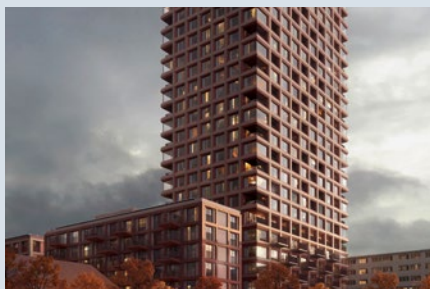
10 Gesellschaft

Hunderte von Spezialitäten prägen das kulinarische Erbe der Schweiz

Der Bundesrat legt ein Gesetz vor, das Nazi-Symbole verbieten will

14 Reportage

Mit Holz in die Höhe: Hölzerne Wolkenkratzer sind der neuste Trend



Ina Invest/Implemia

Nachrichten aus Ihrer Region**18 Schweizer Zahlen**

Die Europameisterinnen im Bücherlesen kommen – aus der Schweiz

20 Gelesen

Volksabstimmungen verändern die Schweiz – auch die Fünfte Schweiz

22 Gehört

Meimuna, eine sanfte Stimme in einer stürmischen Welt

24 Sport

Die helvetischen Fussballerinnen zieht es auf die ganz grosse Bühne

28 Aus dem Bundeshaus

Marianne Jenni, neue Direktorin der Konsularischen Direktion, im Interview

31 SwissCommunity-News

Titelbild: Althergebrachte Spezialitäten aus dem Appenzell. Illustration aus dem neuen Buch «Das kulinarische Erbe der Schweiz», Echtzeit-Verlag, Basel

Die hohen Klippen



Neulich schilderte mir ein Freund, was geschähe, wenn wir alle Gräben zuschütten würden. Er löste damit Bilder aus, die schwer zu vergessen sind. Würde man nämlich in der Schweiz alle Alpengipfel abtragen, alle Täler füllen und das ganze Land mit mächtigen Bulldozern einebnen, entstünde eine Hochebene, die etwa 1300 Meter über Meer läge. Wirklich spannend würde es aber erst, wenn sich die Nachbarländer zur gleich groben Landschaftsbereinigung entschlossen.

Es gibt dazu eine ziemlich sinnlose, aber akribisch errechnete «Liste der Länder nach durchschnittlicher Höhe»: Das auf seinen Durchschnitt eingemittete Deutschland käme auf keine 300 Meter, Frankreich auf 400, Italien auf 500, Österreich auf 900, Liechtenstein auf 1100. Will heissen: In einem Europa der plattgewalzten Länder stünden wir an der Grenze der Schweiz überall an einer unglaublich hohen Klippe. Niemand könnte uns das Wasser reichen. Eine steile Felswand von rund 1000 Metern trennte uns von unseren nördlichen Nachbarn.

Warum sich dieses Bild festsetzt? Wir wissen alle, dass die Schweizer Landesgrenze oft gar nicht wahrnehmbar ist. Zu Fuss lässt sich diese imaginäre Trennlinie ohne Absturzgefahr überqueren. Wer etwa im Jura wandern geht, weiss nicht immer, in welchem Land er gerade ist.

Trotzdem wird in der Schweiz in den nächsten Monaten leidenschaftlich darüber diskutiert, ob die Schweiz eine von trennenden Klippen gesäumte Nation ist – oder eben überhaupt nicht. Nach schier endlos scheinendem Ringen steht jetzt nämlich in Grundzügen fest, wie die Schweiz und die Europäische Union ihre gegenseitigen Beziehungen festigen und pflegen wollen. Es geht um viel. Um den Alltag der Menschen, die ein Europa der offenen Grenzen – also die Personenfreizügigkeit – schätzen; um die Perspektiven Studierender, um Handel, um Versorgung, um Energieflüsse – und auch um Zuwanderung. Und es gilt jetzt, Farbe zu bekennen, wie viel Nähe die Schweiz zur EU will, ohne aber deren Mitglied zu werden. Wir vertiefen das Thema in diesem Heft.

Weichen stellen können auch die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Der Auslandschweizererrat (ASR), das De-facto-Parlament der Fünften Schweiz, wird neu bestellt. Viele können erstmals per E-Voting bestimmen, wen sie in den ASR delegieren wollen. Der Rat wird dadurch repräsentativer. Er ist künftig besser legitimiert, für die Anliegen der Fünften Schweiz einzutreten.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Zur Länderliste nach durchschnittlicher Höhe: www.revue.link/klippe

Herausgeberin der «Schweizer Revue»,
des Informationsmagazins für die Fünfte Schweiz,
ist die Auslandschweizer-Organisation.

**Swiss
Community**

In der Europa-Frage naht die Stunde der Wahrheit

Die Schweiz und die Europäische Union (EU) möchten ihre Beziehungskrise überwinden. Nach zähen Verhandlungen liegt ein erneuertes Vertragspaket auf dem Tisch. Doch innenpolitisch bleibt die bilaterale Annäherung umstritten. Das letzte Wort wird das Stimmvolk haben.

THEODORA PETER

Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) sprach von einem «wichtigen Meilenstein», als der Bundesrat kurz vor Weihnachten die frohe Botschaft vom Abschluss der Verhandlungen mit der EU verkündete. «Gute Beziehungen zur EU und zu unseren Nachbarstaaten sind gerade in diesen sehr unruhigen Zeiten wichtig», sagte Cassis vor den Medien.

Aus Brüssel war zuvor eigens EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach Bern gereist, um die Bedeutung des Vertragsabschlusses zu untermauern. «Wir sind uns so nah, wie man sich nur sein kann», sagte von der Leyen und sprach vor den Kameraras von einer Partnerschaft «auf Augenhöhe». Das Vertragspaket mit der EU beinhaltet eine Erneuerung von fünf bisherigen Verträgen sowie drei neue Abkommen zu Strom, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Der Annäherung war eine längere Beziehungskrise vorausgegangen. Vor drei Jahren hatte der Bundesrat die Verhandlungen für einen institutionellen Rahmenvertrag ergebnislos platzieren lassen («Revue» 4/2021). Die Diffe-

renzen waren unüberbrückbar – etwa beim Lohnschutz oder dem Aufenthaltsrecht von EU-Bürgerinnen und -Bürgern in der Schweiz. Die EU reagierte entsprechend verstimmt und priesackte die Schweiz unter anderem mit einer Degradierung beim prestigeträchtigen Forschungsprogramm Horizon Europe («Revue» 5/2022).

«Grösster Handelsplatz der Welt»

Nach einer Denkpause nahmen beide Seiten die Verhandlungen vor Jahresfrist wieder auf. Zweihundert Verhandlungsrunden später liegt ein erneuertes Vertragspaket vor. Es führt

Die Schweiz und die EU handeln jeden Tag Waren und Dienstleistungen im Gesamtwert von weit über einer Milliarde Franken.

den vor 25 Jahren eingeschlagenen, bilateralen Weg weiter. Kernstück bleibt die hindernisfreie Teilnahme am EU-Binnenmarkt, «dem grössten Handelsplatz der Welt», wie Cassis betonte. Allein die Schweiz und die EU handeln jeden Tag Waren und Dienstleistungen im Gesamtwert von weit über einer Milliarde Franken. «Unser Wohlstand hängt davon ab.»

Der Zugang zu einem Wirtschaftsraum mit rund 500 Millionen Konsumentenden hat seinen Preis: In den Jahren 2030–2036 soll die Schweiz dafür jährlich 350 Millionen Franken zahlen. Dieser sogenannte Kohäsionsbeitrag fliesst nicht in die EU-Kasse, sondern dient der Entwicklung wirtschaftlich schwacher EU-Staaten. Bisher zahlte die Schweiz 130 Millionen Franken pro Jahr.

Nebst dem Zugang zum EU-Binnenmarkt gehört die sogenannte Personenfreizügigkeit zum Herzstück der bilateralen Abkommen. Sie gibt der Bevölkerung das Recht, in einem anderen Land des Wirtschaftsraums zu arbeiten und zu leben. Die freie Wahl von Wohn- und Arbeitsort ist für die über 500 000 in Europa lebenden Ausland-





Illustration Max Spring

schweizerinnen und Auslandschweizer von existenzieller Bedeutung. Im Gegenzug können EU-Bürgerinnen und -Bürger in der Schweiz eine Stelle suchen und sich hier niederlassen.

Ausnahmen für den Sonderfall Schweiz

Bei den Neuverhandlungen kam Brüssel den Schweizer Sonderinteressen entgegen. Zum Beispiel dürfen EU-Bürgerinnen und -Bürger nur dann dauerhaft in der Schweiz bleiben, wenn sie einer Arbeit nachgehen. Damit soll verhindert werden, dass Personen aus der EU einzig wegen der im Vergleich besseren Sozialleistungen in die Schweiz einwandern.

Ausgehandelt wurde zudem eine sogenannte «Schutzklausel»: Demnach dürfte die Schweiz die Zuwanderung bei «schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen» eigenständig beschränken. Wann und wie dieser Mechanismus greifen soll, ist noch offen und wird innenpolitisch noch viel zu reden geben.

Ein weiterer Knackpunkt bleibt der Lohnschutz. Auch künftig gilt europaweit das Prinzip: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Das sichert das hohe Schweizer Lohnniveau und verhindert, dass Firmen aus der EU in der Schweiz Arbeiten zu Dumpingpreisen anbieten. Nicht akzeptieren wollen die Gewerkschaften aber die Übernahme der EU-Spesenregelung, die auf dem Herkunftsland der entsandten Arbeitnehmenden basiert. Demnach würde ein polnischer Arbeiter, der auf eine Schweizer Baustelle geschickt wird, für Übernachtung und Verpflegung nur so viel Geld erhalten, wie er in Polen dafür ausgeben müsste. Als «grotesk» erachtet diese Regelung auch der Schweizer Arbeitgeberverband.

Die Sozialpartner wollen Bundesrat und Parlament deshalb dazu bringen, per Gesetz festzuschreiben, dass nicht nur bei den Löhnen, sondern auch bei den Spesen die Schweizer Tarife gelten.

Die freie Wahl von Wohn- und Arbeitsort ist für die über 500 000 in Europa lebenden Auslandsschweizerinnen und Auslandschweizer von existenzieller Bedeutung.

Für den Gewerkschaftsbund ist dies eine der Bedingungen, damit er sich bei einer kommenden Volksabstimmung hinter die EU-Verträge stellen wird.

Bis zum Sommer will der Bundesrat die offenen Fragen klären und anschliessend zum Gesamtpaket, inklusive Gesetzesänderungen, eine Vernehmlassung durchführen. Das Parlament beugt sich ab 2026 über das EU-Dossier, eine Volksabstimmung wird kaum vor dem Jahr 2028 stattfinden – möglicherweise sogar erst nach den nächsten nationalen Wahlen 2027.

Fundamentalopposition von rechts

Bei den Parteien löste der neue Deal mit der EU gemischte Gefühle aus. Einzig die Grünen und die Grünliberalen stellten sich bereits klar hinter die Verträge. Auf linker Seite pocht die SP zusammen mit den Gewerkschaften auf innenpolitische Zusicherungen – sowohl beim Lohnschutz wie auch beim Service Public.

Bei der FDP, der Partei von Aussenminister Ignazio Cassis, gab man sich nach Bekanntgabe des Verhandlungsabschlusses ebenfalls zurückhaltend. «Wir jubeln die Verträge weder hoch, noch verdammen wir sie», hiess es bei der liberalen Partei, die den bilateralen Weg der Schweiz bislang vorbehaltlos unterstützt hatte. Man wolle die neuen Verträge zunächst genau prüfen. Auch die Mitte zeigte sich wenig euphorisch, sprach jedoch von einem «klaren Fortschritt» gegenüber dem 2021 gescheiterten Rahmenabkommen.

Die Zurückhaltung im bürgerlichen Lager hat nicht zuletzt mit dem massiven Widerstand der SVP zu tun. Die rechtskonservative Partei, die jede Annäherung an die EU ablehnt, stemmt sich mit allen Kräften gegen den «Unterwerfungsvertrag», weil die Schweiz in vielen Bereichen EU-Recht übernehme (Statement von SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher Seite 7). Auch stört sich die SVP an der «unkontrollierten» Einwanderung. 2020 scheiterte die Partei jedoch mit einer «Begrenzungsinitiative» an der Urne: Die Volksmehrheit wollte damals die Personenfreizügigkeit nicht aufs Spiel setzen.

Nun nimmt die SVP einen neuen Anlauf: Mit der 2024 eingereichten «Nachhaltigkeitsinitiative» fordert sie, dass in der Schweiz bis 2050 höchstens 10 Millionen Menschen leben dürfen. Derzeit liegt die Zahl der ständigen Wohnbevölkerung bei 9 Millionen. Die brisante Initiative kommt voraussichtlich 2026 an die Urne – mitten in der parlamentarischen Debatte über die bilateralen Verträge. Ein Volks-Ja dürfte er-

neut zu einer schweren Beziehungskrise mit der EU führen.

Während die SVP jegliche Verträge mit der EU lautstark bekämpft, fehlt es der Befürworterseite noch an Zugkraft. In der Pflicht stehen – nebst den politischen Parteien – insbesondere die Wirtschaftsverbände wie Economiesuisse, die bei früheren Abstimmungen zu den Bilateralen I und II jeweils ihr ganzes Gewicht in die Waagschale warfen. Erst einzelne Wirtschaftsvertreter, wie der Solothurner Unternehmer und FDP-Nationalrat Simon Michel (siehe Statement Seite 7), stellen sich mit Überzeugung hinter die Bilateralen III.

Damit die Verträge mehrheitsfähig sind, braucht es aus Sicht des Politologen Fabio Wasserfallen, Professor für europäische Politik an der Universität Bern, «eine breite und klare Ansage, dass diese Verträge für die Schweiz wichtig sind». Ohne ein solches Bekenntnis von Wirtschaft, Sozialpartnern und Parteien sei nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat zögerlich agiere und nicht alleine die Führungsrolle übernehmen wolle. «Ich habe den Eindruck, dass beim EU-Dossier einmal mehr auf Zeit gespielt wird.» Ob dies eher den Befürwortern oder den Gegnern nützt, bleibt offen. Sicher ist, dass früher oder später alle Akteure Farbe dazu bekennen müssen, wie die Beziehung zu den europäischen Nachbarn geregelt wird.

Zum Dossier: www.revue.link/eudo

2025



Vernehmlassung zum Vertragspaket und zu den flankierenden Massnahmen in der Schweiz

2026



- Beratung der EU-Verträge sowie Gesetzesänderungen im eidgenössischen Parlament.
- Voraussichtlich Volksabstimmung über die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz»

2027



Eidgenössische Wahlen für National- und Ständerat

2028



Voraussichtlich Volksabstimmung über die neuen EU-Verträge



Simon Michel am Hauptsitz des Unternehmens Ypsomed in Burgdorf. Michel ist CEO der Ypsomed Holding und Solothurner FDP-Nationalrat. Foto Keystone



Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin, Graubündner Nationalrätin und Vizepräsidentin der SVP, demonstriert eine Pipette während der Bilanzmedienkonferenz 2025 der EMS-Gruppe. Foto Keystone

Pro

«Ein Hoch auf die gute Nachbarschaft: Haben Sie an einem sonnigen Sommertag auch schon einmal Ihren Rasen bis nach 20 Uhr gemäht? Oder hat einer Ihrer Gäste sein Fahrzeug auf den Parkplatz des Nachbarn gestellt? Wie dankbar ist man in einem solchen Fall, wenn nicht sofort eine Schimpftirade losgeht oder gar die Polizei gerufen wird. Es lohnt sich, in eine gute Nachbarschaft zu investieren. Im Sozialen fördert sie den Zusammenhalt im Quartier und damit auch die gegenseitige Nachbarschaftshilfe. Und der Immobilienwert ist in einem guten Quartier höher als in einem zerstrittenen.

Was für unsere direkte Nachbarschaft gut ist, das kann doch auch für unser Land im europäischen Kontext nicht komplett verkehrt sein. Eine gute Beziehung zur Europäischen Union ist nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht wichtig, sondern ebenfalls gesellschaftlich sinnvoll: Auch hier können wir von Vorteilen auf der sozialen, praktischen und sicherheitspolitischen Ebene profitieren – und dabei immer noch uns selber sein, unsere Identität, unsere eigenen Regeln, Bräuche und Gesetze behalten.

Die bilateralen Verträge bilden die Basis dieser guten Nachbarschaft. Diese wollen wir nach 25 Jahren wieder kitten und stärken, denn uns fehlen zum Beispiel ein gemeinsames Stromabkommen oder Regeln für die Streitbeilegung. Eine gute Nachbarschaft und klare Regeln zwischen der Schweiz und der EU zu haben, bedeutet noch lange nicht, dass wir deren Gesetze und Rechte unreflektiert übernehmen müssen. Die Schweiz wird auch mit den Bilateralen III ihre Identität und Selbständigkeit behalten.»

«Eine gute Beziehung zur EU ist nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht wichtig.»

Kontra

«Der EU-Vertrag ist für die Schweiz ein Unterwerfungsvertrag: Er verpflichtet die Schweiz, in wichtigen Bereichen wie Handel, Land-/Luftverkehr, Energie, Lebensmittel, Gesundheit, Finanzen, Zuwanderung und Bildung alles heutige und zukünftige EU-Recht zu übernehmen. Übernehmen wir es nicht, verfügt die EU Strafen gegen uns, der europäische Gerichtshof entscheidet abschliessend. Die EU-Bürokratie ist uferlos: Tausende Seiten von Richtlinien müssten wir bereits heute übernehmen. 150 Beamte schreiben zurzeit unsere Verfassung und unsere Gesetze um. Für all das müssen wir noch Milliarden bezahlen! Dabei steckt die Fehlkonstruktion EU bereits im Untergang. Eine hohe Teuerung, eine immense Verschuldung und Massenentlassungen lassen ihre Bürger und Unternehmen verzweifeln. Die Schweiz würde sich dem tieferen Niveau der EU anpassen und müsste ihre bewährte Demokratie aufgeben. Das wollen wir nicht!

Wir müssen es auch nicht. Mit ihrer Innovationskraft, ihrer Stabilität und ihrer Neutralität ist die Schweiz international ein gefragter Partner. Sie setzt seit Jahrzehnten auf Freihandelsverträge und hat mit 33 Abkommen viel mehr als die EU. So konnten neue Abkommen mit Indonesien, Korea, Thailand, dem Kosovo und Indien abgeschlossen werden. Mit den Mercosur-Staaten sowie mit Japan, China und den USA sind weitere in Verhandlung. Keines dieser Länder verlangt von der Schweiz die Übernahme ihres Rechtssystems! Den Kolonialvertrag der EU muss die Schweiz zurückweisen. Der Wind steht für die Schweiz weltweit gut, setzen wir unsere eigenen Segel!»

«Der Wind steht für die Schweiz weltweit gut, setzen wir unsere eigenen Segel!»

Germaine Seewer



Foto Herbert Zimmermann/13Photo

Die ranghöchste Frau in der Schweizer Armee heisst Germaine Seewer. «Sie ist sogar die ranghöchste Frau in der Schweizer Militärgeschichte», sagt Armee-Sprecherin Delphine Schwab-Allemand. Divisionär Seewer ist seit dem 1. August 2024 Chefin Internationale Beziehungen Verteidigung im Armeestab. Ihr Dienstgrad würde in anderen Armeen dem eines Generalmajors entsprechen. Ihre Aufgabe? Die Beziehungen zu ausländischen Armeen leiten und koordinieren. Die Berufssoldatin war die erste Brigadierin der Schweizer Armee. Danach leitete sie die höhere Kaderausbildung. Sie stellt in zweierlei Hinsicht eine Ausnahme dar: Sie bekleidet einen Dienstgrad, der traditionell Männern vorbehalten war, und sie gehört zu den nur 1,6 % Frauen in der Schweizer Armee. Im März 2024 waren insgesamt 2301 Frauen Angehörige der Armee. Die in Leuk (VS) geborene Germaine Seewer studierte Chemie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich und schloss ihre Doktorarbeit zum Thema Qualität von Schweinefleisch und -fett ab. Danach war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Nutztiere tätig. Ihre Karriere in der Armee begann sie 1998. In der Zwischenzeit ist sie viel in der Welt herumgekommen und nahm etwa an Einsätzen im Kosovo, in Äthiopien und in Eritrea teil. 2009 fiel ihr Name als potenzielle Chefin der Armee. Schliesslich erhielt aber der Deutschschweizer Thomas Süssli den Posten. Germaine Seewer lebt immer noch im Wallis. Sie liebt die Berge so sehr, dass sie am Gebirgslauf «Patrouille des Glaciers» teilnimmt. Was macht ihre Person sonst noch aus? Diskretion und Zurückhaltung. Eine Ausnahme? Sie befürwortete den Frauenstreik von 2019 und bezeichnete ihn als «notwendig», ohne jedoch selbst auf die Strasse zu gehen

STÉPHANE HERZOG

Amherd geht, Süssli geht, Dussey geht: Im VBS mehren sich die Herausforderungen

Im Verteidigungsdepartement (VBS) bleibt derzeit kein Stein auf dem anderen. Im Januar kündigte Bundesrätin Viola Amherd, oberste VBS-Chefin, ihren Rücktritt an (siehe Seite 26). Und im Februar wurde publik, dass auch Armeechef Thomas Süssli und Christian Dussey, Chef des Nachrichtendienstes des Bundes, den Hut nehmen. Zuvor hat sich bereits der Kommandant der Luftwaffe, Peter Merz, entschieden, die Armee zu verlassen. Die Abgänge bedeuten, dass der am 12. März 2025 gewählte Nachfolger Amherds, der neue Bundesrat Martin Pfister (ZG), sehr bald eine Reihe wichtiger Personalentscheide zu fällen hat. (MUL)

Finanzkontrolle deckt im Schweizer Rüstungskonzern RUAG Betrug auf

Im bundeseigenen Rüstungskonzern RUAG soll ein betrügerisches System mit dem Kauf und Verkauf von Ersatzteilen für Leopard-Panzer den Staat «im hohen zweistelligen Millionenbereich» geschädigt haben. Dies legt ein Untersuchungsbericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) nahe, der im Februar publiziert wurde. Der Bericht nennt auch fehlende und ungenügende Kontrollen. Laut EFK herrsche in der RUAG eine «fragwürdige Kultur» vor und sie rügt «schwere organisatorische Versäumnisse». In schiefem Licht erscheint auch die Rolle des Verteidigungsdepartements (VBS). Dieses erfuhr bereits 2019 durch einen Whistleblower von Missständen, reagierte aber laut EFK «in nicht nachvollziehbarer Weise». (MUL)

Der Bundesrat anerkennt «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» an Jenischen und Sinti

Das «Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse» nahm zwischen 1926 und 1973 rund 600 jenische Kinder ihren Eltern weg und «versorgte» sie zwangsweise in Heimen und bei Pflegefamilien. Kirchliche Hilfswerke und Behörden taten Gleiches, weshalb von rund 2000 Betroffenen ausgegangen wird. Viele von ihnen wurden im Erwachsenenalter zudem unter Vormundschaft gestellt, mit einem Eheverbot belegt oder gar zwangssterilisiert. Der Bundesrat räumt nun gestützt auf ein Rechtsgutachten ein, dass dies alles ein an den Jenischen und Sinti begangenes «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» sei und anerkennt die Mitschuld der Behörde. Die Betroffenen selbst hatten eine Einstufung als «kulturellen Genozid» gefordert. Zum Gutachten: www.revue.link/jenische (MUL)

Direktorin Ariane Rustichelli verlässt die ASO, Lukas Weber folgt an ihre Stelle

Ariane Rustichelli tritt im April als Direktorin der Auslandschweizer-Organisation (ASO) zurück (mehr auf Seite 34). Just bei Redaktionsschluss wurde bekannt, dass der ASO-Vorstand Lukas Weber als ihren Nachfolger gewählt hat. Die «Revue» wird Weber in ihrer nächsten Ausgabe vorstellen. Bereits publiziert ist das Communiqué der ASO zu seiner Wahl: www.revue.link/weber (MUL)

Welche Lehren zieht die Schweiz aus dem Credit-Suisse-Debakel?

Die Führung der Credit Suisse ist für den Untergang der Bank verantwortlich, doch die Behörden machten bei der Aufsicht Fehler. So lautet das Fazit einer parlamentarischen Untersuchung. Nun wird um die strengere Regulierung der fusionierten Grossbank UBS gerungen.

SUSANNE WENGER

Mitte März 2023 blickte die Welt nervös auf den Finanzplatz Schweiz: Die Credit Suisse (CS) kämpfte trotz eines Notkredits der Nationalbank mit Liquiditätsproblemen, die global systemrelevante Bank taumelte. Mit der staatlich verfügten Fusion von CS und UBS verhinderten Finanzministerin Karin Keller-Sutter, die Finanzmarktaufsicht (FINMA) und die Nationalbank «unter immensem Druck» eine internationale Finanzkrise, wie die parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) in ihrem Ende 2024 veröffentlichten Bericht festhält.

Die 14-köpfige Kommission unter dem Präsidium der Freiburger Mitte-Ständerätin Isabelle Chassot beschreibt ausführlich, wie die Behörden auf die sich ab Herbst 2022 zuspitzende Lage der Bank reagierten. Sie prüften auch Alternativen zur Notfusion, darunter die bankrechtliche Sanierung, den Konkurs und eine vorübergehende Verstaatlichung der CS. Als sich die Ereignisse im Frühjahr 2023 überschlugen, kam die von den Behörden favorisierte Übernahme durch die UBS zustande, abgesichert durch Milliarden Garantien des Bundes. Für die PUK eine «im Grossen und Ganzen» angemessene Lösung, auch wenn ein Risiko für die Steuerzahlenden bestand.

Die Kommission macht klar: Der Beinahe-Kollaps der einst soliden Bank geht auf «jahrelanges Missmanagement des CS-Verwaltungsrates und der CS-Geschäftsleitung» zurück. Der Bericht zeigt, wie CS-Vertreter bis zuletzt mit den Behörden um Konditionen feilschten – das Wort «Pokerspiel» fällt. Doch die PUK untersuchte auftragsgemäss nicht das Verhalten der Bankmanager, sondern die Geschäftsführung der Bundesbehörden. Nicht alle schneiden dabei gut ab.

Kritik an Ueli Maurer

Die PUK sieht Mängel in der Krisenprävention und -früherkennung. Bundesrat und Parlament haben nötige Instrumente der «Too-Big-to-Fail»-Regelung, die nach der UBS-Rettung 2008 eingeführt wurde, zu zögerlich umgesetzt und kaum weiterentwickelt. Als die CS in Schieflage geriet, informierte der damalige Finanzminister Ueli Maurer das Bundesratskollegium nur unzureichend, eine Krisensitzung sagte er kurzfristig ab. Seiner Nachfolgerin Keller-Sutter übergab er Ende 2022 kein schriftliches Dossier. Maurer wies die Vorwürfe Anfang 2025 zurück. Es sei darum gegangen, Leaks zu verhindern, die die Bank zusätzlich gefährdet hätten. Die FINMA hatte seit 2015 mehrfach bei der CS interveniert und Verbesserungen gefordert,



Die PUK unter Präsidentin Isabelle Chassot kritisiert «jahrelanges Missmanagement» der CS.
Foto Keystone

konnte sich aber laut PUK nicht durchsetzen. Auch ahndete die FINMA Fehlverhalten von CS-Führungskräften nicht, obwohl Verfahren liefen. 2017 gewährte sie der Bank einen «regulatorischen Filter», eine Erleichterung, die das Kapitalpolster grösser erscheinen liess, als es tatsächlich war. Die Nationalbank hatte davon abgeraten.

Mehr Eigenkapital?

Welche Lehren zieht die Politik nun aus der Aufarbeitung, um künftigen Risiken und Folgen für die Allgemeinheit vorzubeugen? Die PUK fordert unter anderem, die FINMA mit Sanktionsmöglichkeiten zu stärken. Allgemein plädiert sie dafür, der Finanzstabilität «mehr Gewicht» zu geben und dabei die «bedeutende Grösse» der fusionierten UBS zu berücksichtigen. Konkret zur Debatte stehen höhere Anforderungen an das Eigenkapital der nunmehr einzigen global operierenden, systemrelevanten Schweizer Bank, damit diese Verluste im Ausland selbst auffangen könnte. Die Massnahme ist umstritten.

Mitte-links-Parteien befürworten sie angesichts der «XXL-Bank» UBS, während Bürgerliche vor der Konsequenz einer möglichen Abwanderung der Bank warnen. UBS-Chef Sergio Ermotti lehnt eine höhere Kapitalisierung ab, was Medien zum Machtkampf mit Finanzministerin Keller-Sutter stilisierten. Wie weit der Bundesrat geht, zeigt sich voraussichtlich bis zum Frühsommer. Zuvor wollte das Parlament im März den PUK-Bericht beraten. Nach zwei dramatischen Rettungsaktionen innerhalb von 15 Jahren streitet die Schweiz erneut über die Regulierung ihrer Banken.

Link zum Bericht der PUK: www.revue.link/cspuk



«Die kulinarische Kraft der Schweiz liegt in den Regionen»: Hier eine kunstvoll arrangierte Genfer Auswahl, mit der «Chèvre» im Trinkglas. Fotos Echtzeit Verlag, ZVG

Das kulinarische Erbe der Schweiz birgt Entdeckungen

Eine neue, inspirierende Enzyklopädie präsentiert Hunderte kulinarische Spezialitäten aus verschiedenen Regionen der Schweiz und erzählt die Geschichten dahinter. Damit wertvolles Wissen nicht vergessen geht. Und weil ein Land sich auch über sein Essen erklärt, wie der Autor Paul Imhof betont.

SUSANNE WENGER

Der über 700 Seiten starke Band beschreibt 453 Produkte – vom Alpenbitter bis zum Zigerkrapfen. Was soll man hervorheben aus der Fülle? Fragen wir den Autor selbst. Paul Imhof nennt die «Chèvre», einen «Bauernchampagner» aus der Romandie, für ihn «eine wahre Entdeckung». Das mindestens drei Generationen alte Getränk wird heute noch von einzelnen Winzern vorab im Genfer Hinterland während der Weinlese hergestellt. Imhof besuchte einen von ihnen und liess sich zeigen, wie leicht angegorenem Traubensaft Reismehl, Traubenzucker, Schnaps und Vanilleschoten beigefügt werden.

Die Mischung gärt mindestens einen Monat im Fass, das mit Stahlreifen gesichert ist – «sonst würde es explodieren». Pünktlich zu Silvester

ist der ländliche Schaumwein fertig. Frisch gezapft, schiesst die weisse Flüssigkeit zischend aus dem Hahn, fast wie Ziegenmilch aus dem Euter, daher wohl der Name Chèvre. Eine weitere Trouvaille ist für Imhof der «Furmagin da Cion» aus dem Val Puschio, dem italienischsprachigen Tal im Kanton Graubünden. «Cion» bedeutet im Puschlaver Dialekt Schwein, «Furmagin» kleiner Käse.

Doch handelt es sich nicht um ein Milchprodukt, sondern um eine deftige Fleischpastete. Früher stellte jede Familie während der Hofschlachtungen ihren eigenen Furmagin her, aus Fleischresten, auch Innereien, und buk ihn wie einen Kuchen im Ofen. «From Nose to Tail», heute ein Trend, war damals selbstverständlich. Metzgereien im Puschlav produzieren den Furmagin noch immer, inzwischen

Aus den Bündner Südtälern: Die Coppa-Wurst als altes Produkt der Hausschlachtung, und Pizzoccheri, Teigwaren aus Buchweizen- und Weizenmehl.

«nach nuancierten Rezepten», wie Imhof sagt: «Ein einstiges Produkt der «Cucina povera», der Armenküche, ist zur gefragten Spezialität geworden.»

Auf Spurensuche

Warum und wie erforscht man ein kulinarisches Erbe? Vor 25 Jahren





Schweizer Schokolade darf natürlich nicht fehlen, die Freiburger Marke Cailler ist die älteste des Landes.

brachte der Waadtländer Nationalrat Josef Zisyadis von der Partei der Arbeit das Thema ins Rollen. «Er wollte mit seinem Vorstoss verhindern, dass die kulinarischen Traditionen der Schweiz und das Wissen um ihre Herstellung in Vergessenheit geraten», erklärt Imhof. Bundesrat und Parlament stimmten zu, ein Team von Fachleuten begann im Auftrag von Bund und Kantonen mit der Arbeit. Es durchstöberte Bibliotheken und Archive, sprach mit Produzentinnen und Produzenten und dokumentierte Produkte, Herstellungsprozesse, Rezepte. 2008 erschien das Ergebnis online unter www.patrimoineculinaire.ch.

Paul Imhof, heute 72, war von Anfang an dabei. Der Journalist übernahm es, aus dem akribischen Online-Inventar einen lesbareren Führer in Buchform zu machen. Bis 2016 erschienen fünf Bände, einige sind vergriffen. Sein neuestes Werk ist eine aktualisierte Gesamtausgabe. Neu aufgenommen wurden Produkte, die inzwischen die Voraussetzung erfüll-

ten, seit mindestens 40 Jahren erhältlich zu sein – etwa der Tessiner Reis, ein Zeichen des Klimawandels, wie Imhof anmerkt.

Der Autor schreibt vergnügt und gehaltvoll. Er ergänzt die vorgestellten Produkte mit historischen Fakten und lebendigen Anekdoten aus eigener Recherche. Nach Kantonen gegliedert, lädt das Buch zu einer lehrreichen Reise durch die kulinarische Landschaft der Schweiz ein. Diese besticht durch Vielfalt, geprägt von den Kulturräumen, die hier aufeinandertreffen: französisch, kontinental, italienisch-mediterran, dazu die rhätische Eigenheit. Ein Nationalgericht gibt es laut Imhof deshalb nicht: «Die kulinarische Kraft der Schweiz liegt in den Regionen.»

Topografie als Ideengeberin

Die hügelige Landschaft und die Kleinräumigkeit beeinflussten jedoch die Zutaten. Vor der Begradigung der Flüsse war Ackerland knapp. Die weit

verbreitete Viehwirtschaft machte die Schweiz zur «Meisterin der Konservierung», wie Imhof feststellt: Milch wurde als Käse haltbar gemacht, Fleisch als Wurst und Trockenfleisch. So entstanden Vorräte, die zugleich handelbar waren. Der Sbrinz etwa, «der älteste Schweizer Exportkäse», gelangte früh über Säumerwege in die Städte des Südens, Glarner Schabziger auf den Markt in Zürich. «Ein Land erklärt sich immer auch über sein Essen», sagt Imhof.

Für ihn ist das kulinarische Erbe der Schweiz «ein überquellender Schatz, der von grossem Einfallsreichtum zeugt». Jahrhundertalte Lebkuchenrezepte und das gesunde Birchermüesli gehören genauso zu den Erbstücken wie jüngere Industrieerzeugnisse – etwa die Kult gewordene gelbe Streuwürze Aromat und die Milchserum-Limonade Rivella. In Zeiten von Fertigessen, Zusatzstoffen und Food-Inszenierungen auf Social Media hält Imhof die Besinnung auf Ursprünge «wichtiger denn je». Es

PAUL IMHOF:
«Das kulinarische Erbe der Schweiz – Ein Panoptikum des Ess- und Trinkbaren»
Echtzeit-Verlag, Basel, 2024, 776 Seiten, 78 CHF.





Aus Schaffhausen: die Streuwürze Aroma, die Hallauer Schinkenwurst und die «Schaffhauserzungen», eine geschützte Marke seit 1902. Fotos Echtzeit Verlag, ZVG

gehe auch um die Leistungen jener, «die den Boden des guten Essens zuerst bestellt haben: Bäuerinnen, Mägde und später Köchinnen». Oder um die Kreativität der Metzger, die im Verlauf der Jahrhunderte über 400 Wurstsorten ertüftelten, von denen nur ein Bruchteil im Buch Platz findet. Ihre traditionellen Produkte stärken auch heute allen «Handwerkern des Guten» den Rücken, meint Imhof.

Den populären Cervelat übrigens ordnet er dem Kanton Solothurn zu. Nicht weil die geräucherte Brühwurst dort erfunden wurde, sondern weil das zentral gelegene Olten bis in die 1980er-Jahre entscheidend zu ihrem Erfolg beitrug: Der Wurstsalat im Oltnener Bahnhofbuffet wurde nach Sitzungen von Verbänden, Parteien, Gewerkschaften und Vereinen im ganzen Land gerühmt.

Wein vom Gletscher

Einen Blick in die alte Wanderwirtschaft der Walliser Seitentäler bietet

der Eintrag zum «Vin du Glacier». Bauern des 18. Jahrhunderts bauten im damals sumpfigen Rhonetal Reben an, pressten die Trauben und trugen den Wein in ihre hochgelegenen Dörfer. Dort, in kühler Höhenlage, etwa neben dem Gletscher Glacier de Moiry oberhalb von Grimontz, lagerten sie ihn lange in Gemeinde- oder Familienfässern, ohne dass er verdarb. Jedes Jahr wurde nachgefüllt. Die heutige Bürgerschaft von Grimontz besitzt noch einige dieser Fässer. «Das älteste, das Bischofsfass von 1886, enthielt 2022 eine Assemblage aus mehr als 130 Jahrgängen», berichtet Imhof. Er durfte den Gletscherwein probieren, dieser schmecke wie Sherry.

Imhof selbst war in den 1980er- und 1990er-Jahren Auslandschweizer, als er für die «Basler Zeitung» aus Südostasien berichtete. In Singapur beobachtete er, wie Schweizer Küchenchefs in Hotels gerne mit heimischen Produkten kochten und sich beispielsweise Rahm oder Schokolade liefern liessen. «Auslandschweizerinnen und -schwei-



zer tragen ihren Teil zum Erhalt des kulinarischen Erbes bei», sagt er.

Letzte Frage an den Autor: Gibt es, wenn sich Auslandschweizer-Vereine weltweit immer wieder zum Fondue treffen, vielleicht doch ein Nationalgericht? Wenn man unbedingt eines haben wolle, bleibe nach allem das Fondue übrig, antwortet Imhof. Die Käsevielfalt gehöre zur Schweiz, und was man in der Kindheit gegessen habe, präge den Geschmack fürs Leben.

Bern wartet im Bild mit prächtigem Bauernschinken, Sauerkraut und trockenen, aber nahrhaften Militärbiscuits auf.

Nazi-Symbole sollen nun doch verboten werden

Auf Druck des Parlaments legt die Schweizer Landesregierung ein Gesetz vor, mit dem das öffentliche Zeigen von Symbolen wie Hakenkreuz oder Hitlergruss rasch untersagt werden soll.

SUSANNE WENGER

Wer in der Schweiz öffentlich ein nationalsozialistisches Symbol verwendet, macht sich heute nur strafbar, wenn eine propagandistische Absicht damit verbunden ist oder eine Personengruppe herabgesetzt wird. Neu soll auch das reine Zurschaustellen verboten sein. Wer sich nicht daran hält, wird mit 200 Franken gebüsst. So sieht es ein Spezialgesetz vor, das der Bundesrat Ende 2024 in die Vernehmlassung geschickt hat. Er setzt damit Vorstösse aus dem Parlament um, wo das geltende Recht zunehmend unter Druck geraten ist. 2022 sprach sich auch der Auslandschweizerrat dafür aus, die Gesetzeslücke zu schliessen, auf Antrag seines Mitglieds Ralph Steigrad (siehe «Schweizer Revue» 3/2022).

«Diese Symbole des Hasses,
der Intoleranz und des Leidens
sollen ganz aus der Öffentlichkeit
verschwinden.»

Justizminister Beat Jans

Dass der Bundesrat den Forderungen nun folgt, bedeutet eine Kehrtwende. Noch vor wenigen Jahren vertrat er die Haltung, die Meinungsäusserungsfreiheit müsse auch Stossendes aushalten. Antisemitismus werde besser durch Prävention bekämpft als durch Repression. Doch die Situation hat sich verändert, wie der Bundesrat im Bericht zur Vernehmlassungsvorlage festhält: Im öffentlichen Raum sind vermehrt Nazi-Symbole zu sehen, vor allem seit dem Terrorangriff auf Israel 7. Oktober 2023 und dem Kriegsbeginn in Gaza. Es gibt deutlich mehr antisemitische Vorfälle, von Hakenkreuz-Schmierereien bis zu Tötlichkeiten gegen jüdische Personen.

Jans: Signal der Gesellschaft nötig

Die Symbole stehen laut Bundesrat für eine faschistische Gewaltherrschaft, den Holocaust und die Verfolgung von Minderheiten. «Sie sind Symbole des Hasses, der Intoleranz und des Leidens und sollen ganz aus der Öffentlichkeit verschwinden», sagte Justizminister Beat Jans vor den Medien. Jetzt sei ein klares Signal der Gesellschaft nötig. Das Verbot soll neben offensichtlichen Nazi-Symbolen wie Hakenkreuz und Hitlergruss auch Abgewandeltes wie die Zahlencodes «18» und «88» umfassen. Letztere aber nur in entsprechendem Kontext, wie Jans erklärte. Ausnahmen

vom Verbot sollen für schulische, wissenschaftliche, künstlerische oder journalistische Zwecke gelten. Auch existierende religiöse Symbole etwa des Hinduismus, die dem Hakenkreuz ähneln, fallen nicht unter das Verbot.

Die Aargauer Mitte-Ständerätin Marianne Binder setzt sich im Parlament am längsten für Nulltoleranz gegenüber Nazi-Symbolen ein. Sie begrüsst das Vorgehen des Bundesrats und sagt gegenüber der «Schweizer Revue», der Rechtsstaat dürfe die Verherrlichung oder Verharmlosung der NS-Zeit und ihrer «kranken Ideologie» keinesfalls dulden. Die Sanktionierung durch Bussen hält Binder für eine «schnelle und effiziente Massnahme», doch 200 Franken sind für sie «zu milde». Zusätzlich sollten die Gebüsst in die Geschichtsnachhilfe geschickt werden, findet die Parlamentarierin, deren Grossmutter Paulina Borner im Zweiten Weltkrieg im Hotel «Rosenlaube» im Städtchen Baden jüdischen Flüchtlingen Schutz bot. Mit dem Verbot der Nazi-Symbole würde die Schweiz gemäss Ständerätin Binder ein Zeichen setzen in einer Zeit, in der «autokratisches Gedankengut wieder salonfähig» werde.

Die Vernehmlassung zum neuen Spezialgesetz dauerte bis Ende März, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der «Schweizer Revue». Nach der Auswertung der Stellungnahmen will der Bundesrat eine Vorlage in die parlamentarische Beratung schicken. Später will er in einem zweiten Schritt das Gesetz ausweiten und, wie vom Parlament verlangt, weitere extremistische, rassendiskriminierende und gewaltverherrlichende Symbole verbieten – was von der Eingrenzung her schwieriger werden dürfte. Die Nazi-Symbole zog die Landesregierung laut Justizminister Jans aus Dringlichkeitsgründen vor. So könne das Verbot rasch umgesetzt werden.

Ein Museum für den Retter

Carl Lutz, Schweizer Diplomat in Budapest, rettete im Zweiten Weltkrieg Zehntausenden Jüdinnen und Juden mit Schutzpässen und -briefen das Leben (siehe «Schweizer Revue» 3/2023). Zurück in der Schweiz, erntete er von offizieller Seite zunächst nur Tadel, inzwischen wird sein Wirken anerkannt und gewürdigt. Zu Lutz' 50. Todestag eröffnete im Februar an seinem Geburtsort Walzenhausen im Kanton Appenzell Ausser rhoden ein Museum, das an ihn und seine Rettungsaktion erinnert. Das von der Gemeinde Walzenhausen, der «Gamaraal Stiftung» und dem örtlichen Unternehmen «Just» getragene Museum besteht vorerst bis Ende 2025. Ob eine dauerhafte Institution daraus wird, wird später entschieden. (SWE)

Das Comeback von Holz im Schweizer Bauwesen

Holz kann CO₂ speichern und ist daher ein echter Renner im Bauwesen. Es wird sogar zur Errichtung von Wolkenkratzern verwendet. Das Schweizer Know-how kommt an. Die Nachfrage steigt. Doch es gibt auch Spannungen.

STÉPHANE HERZOG

Das Genfer Ingenieur- und Holzbauunternehmen «Charpente Concept» ist ein Mekka für Holz. Das 1991 von Zimmermeister Thomas Büchi gegründete Büro entwarf den «Broken Chair» auf dem Place des Nations in Genf, baute die Schutzhütte «Refuge du Goûter» an den Hängen des Mont Blanc aus Holz und konstruierte den «Palais de l'Équilibre», eine riesige Holzkugel, die 2002 an der Expo.02 gezeigt wurde, bevor sie im CERN aufgebaut wurde. Weiterer Stolz des Büros? Nach dem Brand der Kathedrale Notre-Dame in Paris wurde es mit einer technischen Analyse des Kirchenschiffs im Hinblick auf den Wiederaufbau beauftragt. Das Büro erhielt Einsicht in ein 600 Jahre altes Archiv – eine Reise ins Mittelalter, als zwischen Holzschlag und der effektiven Verwendung der Balken gut und gerne 20 Jahre vergehen konnten.

«Das Holz erobert sich nun seine Position zurück, die es im Laufe der Jahrhunderte durch die Verwendung von Stahl und später von Beton verloren hatte. Man hatte vergessen, welche Qualitäten dieses Material hat», sagt Rafael Villar, Vizepräsident des Unternehmens. Er erinnert sich an seine Anfänge, als die Befürworter von Holz noch als Spinner abgetan wurden. Das Büro hatte in Genf zwar gerade eine 300 Meter lange Ausstellungshalle aus Holz gebaut, aber der Grossteil der Aufträge konzentrierte sich auf Chalets und einige Dächer von Sporthallen. Heute wird Holz auch für den Bau von Wohngebäuden verwendet. «Innerhalb von 30 Jahren haben sich die Lieferzeiten für bestimmte Komponenten mehr als verdoppelt», bemerkt der Genfer. Das ist ein Indiz für die hohe Nachfrage. Die Festigkeit der Holzkomponenten kann vor der Bearbeitung mittels Ultraschall bestimmt werden. Der

Zuschnitt erfolgt mithilfe digitaler Maschinen. Auf den Baustellen verkürzt das Zusammensetzen von vorgefertigten Holzelementen die Bauzeit im Vergleich zu mineralischen Wänden erheblich.

Die Zeit für Wolkenkratzer ist da

«Da Holz leicht ist, vereinfacht es die Stelzung von Gebäuden», betont Sébastien Droz, Sprecher von Lignum, dem Dachverband der Holzindustrie.

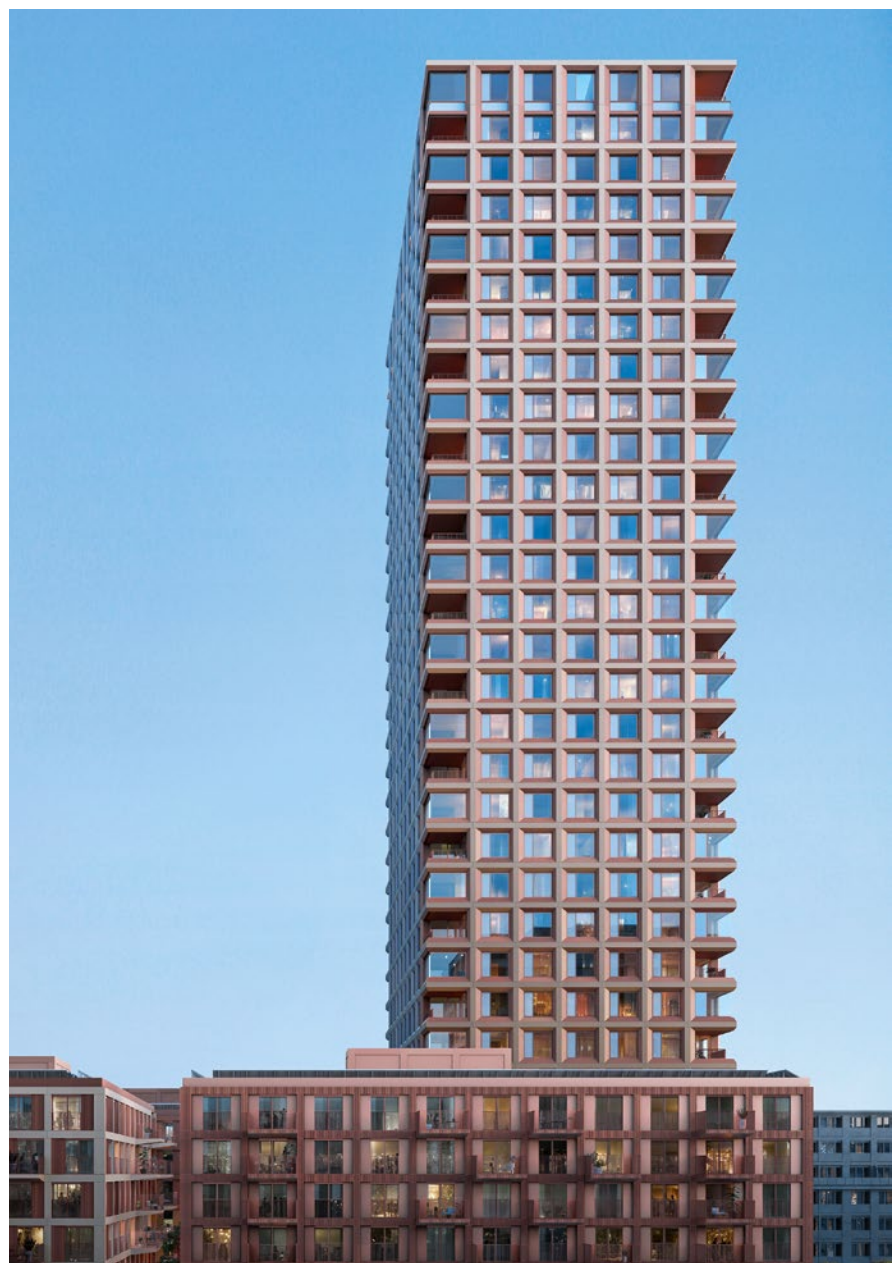
Daher ist die Zeit für Wolkenkratzer aus Holz nun reif. Der «Rocket» im Winterthurer Stadtteil Lokstadt wird 100 Meter hoch. «Das in der Planung befindliche Gebäude wird eines der höchsten Wohngebäude aus Holz sein», sagt die Bauherrin Ina Invest. Der Turm benötigt 3300 Kubikmeter Holz für die tragende Struktur. «Wir verwenden Buchen- und Fichtenholz aus der Schweiz und den Nachbarländern», erläutert Pressesprecher Stephan Meierhofer und sagt: «Das

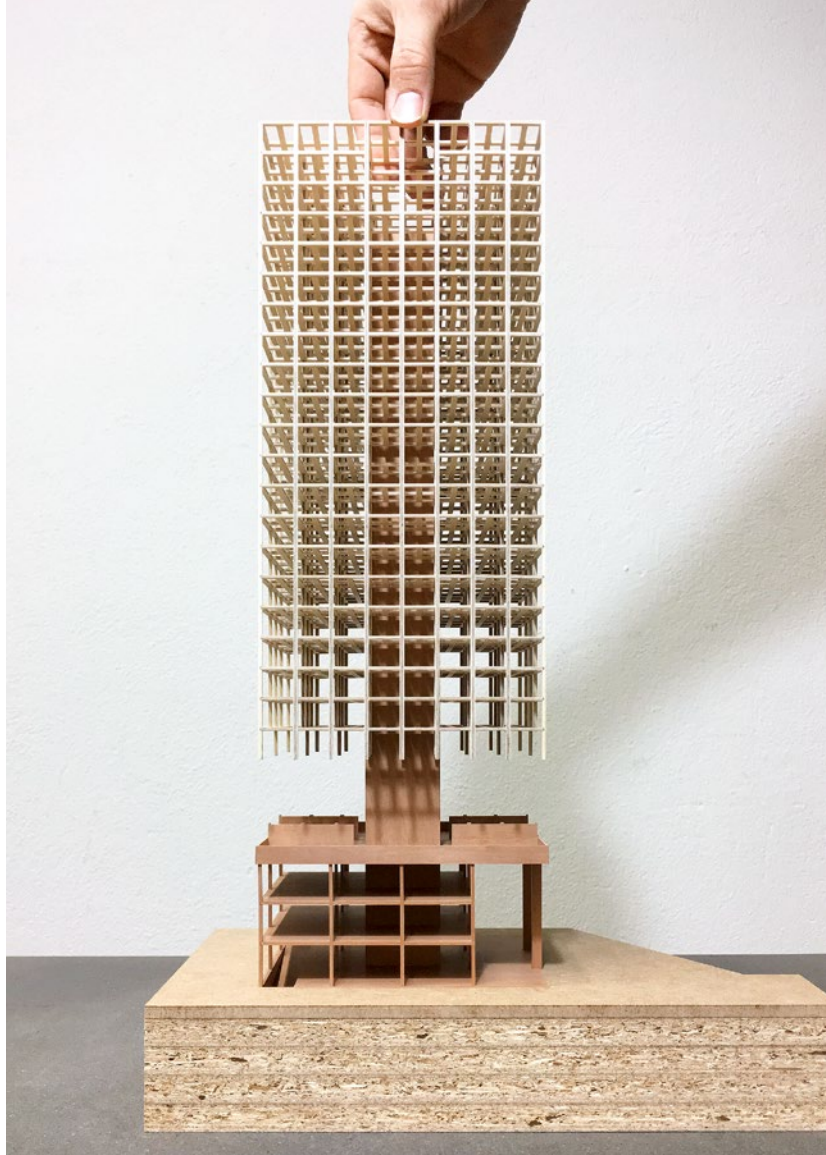


Höher, weiter, schneller, schöner? Auf der Suche nach den etwas anderen Schweizer Rekorden.

Heute: Auf dem Weg zu den höchsten Holzbauten der Welt

Mit dem 100 Meter hohen Rocket-Hochhaus entsteht derzeit in Winterthur (ZH) das bald weltweit höchste Wohngebäude aus Holz. Visualisierung Ina Invest





75 Meter ragt in Regensdorf (ZH) das Zwhatt-Holzhochhaus in die Höhe. Dessen Model zeigt das Konstruktionsprinzip: Ein schlanker Kern aus Beton wird von einer ausladenden Holzkonstruktion ummantelt.

Foto Pensimo, Boltshauser Architekten

Kubikmetern für spektakuläre Strukturen zu verwenden, wäre es vorteilhaft, wenn man es in Quadratmetern einsetzen würde», sagt er. Mit anderen Worten: Holz könnte Flächen bedecken, anstatt das Skelett für sehr grosse Bauwerke zu bilden. Der Fachmann führt als Beispiel die Steinmauern von Bündner Häusern an, in denen Holz auf die Innenwände gelegt wird, wodurch Isolierung und Komfort deutlich erhöht werden. Mit diesem Ansatz könnte ein Teil des Gebäudebestandes isoliert werden: zum Beispiel Hochhäuser, Industriegebäude und Schulen. «Einen neuen Wolkenkratzer zu bauen ist so, als würde

Holz ist sehr widerstandsfähig und behält selbst im Brandfall seine Tragfähigkeit für lange Zeit bei.» Die Bauarbeiten beginnen diesen Frühling. Im Zürcher Stadtteil Altstetten plant die UBS sogar einen noch höheren Turm. Mit 108 Metern dürfte dieser Wolkenkratzer 2027 das höchste Holzgebäude der Welt sein. In den Büros werden dereinst 2800 Mitarbeitende beschäftigt.

Auch in der welschen Schweiz geht es hoch hinaus. Der 2024 begonnene Tilia-Turm (lateinisch für Linde) ist eine Kombination aus Holz und Beton. Dabei werden die Qualitäten von Laubbäumen wie der Buche genutzt, die eine höhere Festigkeit als Nadelhölzer aufweisen. Das 85 Meter hohe Gebäude entsteht im Stadtteil Prilly, im Westen von Lausanne. Und in der Nähe wird der Turm Malley Phare auf einem bestehenden Gebäude gebaut. Die 2000 Kubikmeter Holz, die für dieses Wohngebäude eingesetzt werden, bestehen aus Tanne und Fichte, von denen 95 Prozent aus der Schweiz

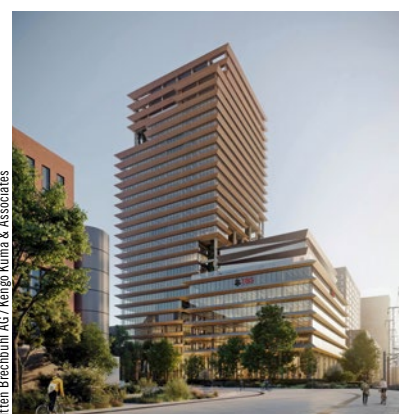
stammen. Die Fertigstellung erfolgt noch in diesem Jahr.

«Wie kann Holz im Hinblick auf Umwelt und Biodiversität optimal genutzt werden? Diese Frage muss man sich stellen», sagt Ernst Zürcher, Forstingenieur und emeritierter Professor für Holzwissenschaften. Ein Kubikmeter Stahlbeton verursacht zwischen 350 und 400 kg CO₂, während ein Kubikmeter Holz 1000 kg CO₂ bindet. «Anstatt Holz in Form von



Ein früher Versuch, in die Höhe zu bauen: Historisches Holzhaus in La Sage (VS). Es ermöglichte auch eine erste Form des Stockwerkeigentums.

Foto Cortis und Sonderegger, 13Photo



Itten Brechtli AG / Kengo Kuma & Associates

2031 soll der weltweit höchste Holzturm in der Schweiz stehen

Die Bank UBS denkt gross. Ein Beispiel dafür ist ihr geplantes Hochhaus im Zürcher Stadtteil Altstetten. Mit seinen 108 Metern soll es 2031 den Rang als höchster Holzturm der Welt einnehmen. Es sei denn, ein anderes Projekt schafft es noch, ihn zu übertrumpfen: ein Holzhochhaus in Basel, in dem im selben Jahr die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich einziehen will. Die geplante Höhe? 122 Meter!

(SH)

man zurück in die Vergangenheit gehen, als dies ein Ausdruck der Macht war. Viel besser wäre es, bestehende Gebäude zu renovieren und sie mit dem wertvollen Material Holz komfortabel und biokompatibel zu machen», erklärt der Wissenschaftler.

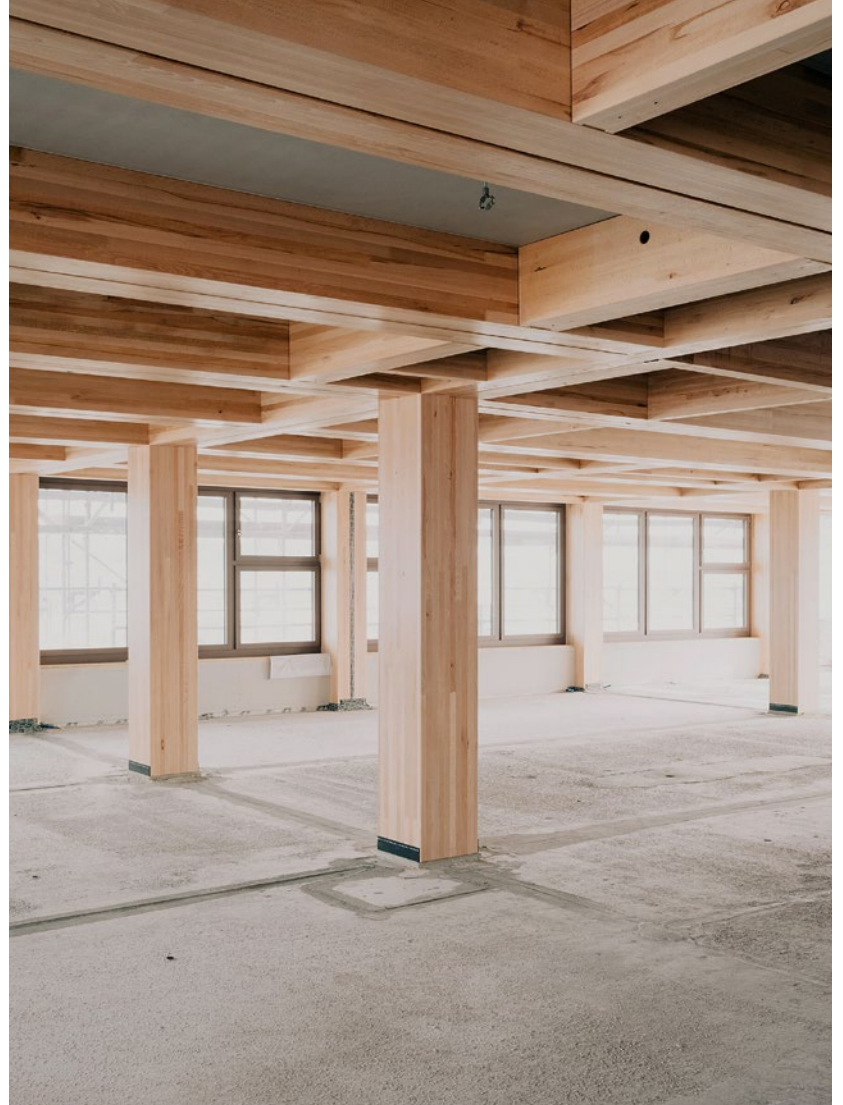
Wald nutzen und erhalten

Die Schweiz hat ein einzigartiges Waldgesetz, das ins Jahr 1903 zurückreicht. «Der Wald wird genutzt, um ihn gleichzeitig instand zu halten», sagt Rafael Villar. Allerdings deckten die Einnahmen aus dem Holzverkauf die Kosten für die Instandhaltung der Wälder nicht. Die Bäume müssten zudem auf optimale Weise gefällt werden, wie etwa im Rahmen eines Projekts für eine Turnhalle in Aigle (VD), an dem sein Büro beteiligt war. Das Büro wählte in Waadtländer Wäldern vom Borkenkäfer befallene Bäume aus.

Im Zwhatt-Holzhochhaus zeigen sich klare Strukturen: Die Holzträger und Holzpfeiler bleiben sichtbar, Trennwände können flexibel eingesetzt werden.

Fotos Pensimo, Sandro Straube, Boltshauser Architekten

Moderner Holzbau nutzt neue Prinzipien: Stäbe aus Buchenholz werden zu massiven Trägern verleimt und danach zu passgenauen Bauteilen verarbeitet.



Dieses Insekt ernährt sich vom Saft der Bäume, wobei durch die Einwirkung auf die Rinde ein Pilz entsteht, der das Holz blau färbt. «Durch das Fällen des Baumes kann das Holz gerettet und der Baum sinnvoll genutzt werden», erläutert der Ingenieur.

In der Schweiz wird jedoch nicht das gesamte gefällte Holz auf sinnvolle Weise genutzt und endet zum Teil als Brennholz, stellt Ernst Zürcher fest. Ein Grund dafür sind die steigenden Preise für fossile Brennstoffe. Eine «Kaskadennutzung» des Holzes wäre besser, es also zuerst für Gebäude, dann für Verbundwerkstoffe, dann für Papier und erst dann für die Verbrennung zu verwenden. «In der Schweiz werden Sägewerke aufgrund mangelnder Nachfrage geschlossen. Und wir exportieren sogar Holz und importieren es nach der Verarbeitung wieder», bedauert Ernst Zürcher. Er betont die Vorzüge einer lokalen Nutzung der Wälder. «Wenn 5000 Personen im Wald arbeiten, schaffen wir Arbeit für mehr als 50000 Menschen in der Holzindustrie. Das Verbrennen von Holz hingegen bringt nur einen

geringen Mehrwert», vergleicht er. Gegenwärtig sind in der Schweizer Holzwirtschaft 85000 Menschen beschäftigt.

Haben wir genug Holz? Das natürliche Wachstum der Schweizer Wälder erzeugt jedes Jahr 10 Millionen Kubikmeter Holz. Im Durchschnitt werden 5 Millionen Kubikmeter pro Jahr entnommen, wovon 25 Prozent für Heizzwecke verwendet werden. Das verfügbare Potenzial beläuft sich auf 3 Millionen Kubikmeter pro Jahr. Es gibt also viel Raum für Verbesserungen bei der Verwendung von Schweizer Bauholz. Und an Projekten mangelt es nicht, wie Sébastien Droz feststellt und auf den Lignum-Preis verweist, der 2009 ins Leben gerufen wurde. «Seither hat die Qualität, die Vielfalt und das Volumen der Projekte deutlich zugenommen», sagt er.

Ein Beispiel dafür ist der 500 Meter lange Baumwipfelpfad aus Holz, die sich durch das Kronendach eines Waldes im Toggenburg in der Nähe von St. Gallen schlängelt. Diese Leistung zeigt, wie stark die Holzbaukultur in der Schweiz ist.

«Du bist nah, du bist fern, erreichen werd ich dich nie»

Das Werk des vor 60 Jahren verstorbenen Lyrikers Francis Giauque feiert auf erschütternde Weise eine unglückliche Liebe.

CHARLES LINSMAYER

Die einen meinen, es habe ihn ein tödliches Rätsel im Griff gehalten, andere sprechen von einem fatalen Fluch: Unbestreitbar ist, dass über dem Leben und Denken von Francis Giauque, der 1965 mit 31 Jahren im Neuenburgersee «durch die königliche Pforte des Todes» ging, eine Angst, eine Verzweiflung und eine Verlassenheit lagen, die ihn den immer wieder gesuchten Tod als Erlösung empfinden liessen.

Geboren als Briefträgersohn am 31. März 1934 in Prêles im französischsprachigen Berner Jura, besuchte er das Gymnasium in La Neuveville. Aber schon die Handelsschule in Neuenburg brach er ab und zog sich, von einer Hautkrankheit betroffen, ohne Kontakt nach aussen in sein Elternhaus zurück und befasste sich mit den Werken von Samuel Beckett und des französischen *poète maudit* Tristan Corbière, die ihn bald auch zu eigenen Texten und Gedichten anregten. Eine Zeitlang war er Buchhändler und Korrektor in Lausanne, und da lernte er 1956 auch die einzige Liebe seines Lebens, die wunderschöne 20-jährige Künstlerin Emilienne Farny, kennen, die er auch dann noch nicht vergessen konnte und in seinen Gedichten feierte, als sie ihn längst verlassen hatte.

Im Würgegriff der Depression

Als Französischlehrer im spanischen Valencia wurde er 1958 erstmals von starken Depressionen heimgesucht, die zur Folge hatten, dass er, in die Schweiz zurückgekehrt, der Reihe nach und immer wieder neu die psychiatrischen Kliniken von Genf, Yverdon und Neuenburg von innen erlebte. Da wurde er mit Elektroschocks und Insulinkuren therapiert und fühlte sich, von Suizidversuch zu

Suizidversuch getrieben, zwischen tiefster Verzweiflung und hoffnungsvollen Momenten hin und her schwankend, immer deutlicher nicht nur von einer «normalen» bürgerlichen Existenz, sondern vom Leben überhaupt auf eine radikale Weise abgestossen. Was ihn überleben liess, war sein Schreiben, von dem die zwei zu Leb-

wenn ich sterben werde
morgen wenn möglich
beerdigt mich
in einer Erde die feucht
ist und schwer von Wärme
dass die Wölbung
des Sargs meines Schlafes
gestirnter Himmel
werde
dass niemand weine
ich der ich nicht wusste
wie leben
ich werde mich endlich
erheben können
bei den hellen Klängen
der Nacht

Aus Francis Giauque, «Die Glut der Schwermut im Schatten der Nacht» Th.-Gut-Verlag-Zürich 2019. Übersetzung Christoph Ferber

zeiten veröffentlichten Bändchen «Parler seul» von 1959 und «L'Ombre et la Nuit» von 1962 zeugen, während eine lange angestrebte Gesamtausgabe seiner Gedichte und seiner Prosatexte erst 40 Jahre nach seinem Tod, im Jahre 2005, zustande kam. Die immer wieder versuchte Selbsttötung aber gelang ihm erst, nach-

dem am 29. Juli 1954 seine Mutter, die ihn immer wieder davor bewahrt oder daraus zurückgeholt hatte, gestorben war.

Erschütternde Zeugnisse einer gequälten Seele

Dass es Giauque in der Verlorenheit seiner selbstgewählten Verliesse und unter dem Eindruck der psychiatrischen Zwangsvorkehren gelang, seine Qual in 156 Gedichte von erschütternder Wucht einfließen zu lassen, erscheint besonders dann wie ein Wunder, wenn man seine Prosa, etwa die «Fragmente eines Höllentagebuchs», liest, die das in den Versen metrisch gezügelte Leiden schonungslos offenbaren: «Angstverzerrte Seele. Weggehen. Nur weg. Alle Ausgänge sind verstopft. Dicke Mauern. Gitter. Verschlussene Türen. Verbarrikadierte Fenster. Welt, in der das Schreckliche sich wie eine schlaue Schlange bewegt. Weggehen. Durch die königliche Pforte des Todes hinausgehen.»

Und doch kann es nicht, wie immer behauptet, die Krankheit allein gewesen sein, die Giauque zum *poète maudit* machte, sondern auch das Zerbrechen an der Liebe zu Emilienne Farny, mit Bezug auf die es in einem seiner allerletzten Gedichte noch immer heisst: «Stunden der Agonie / die mich überflutende Brandung / der ärgsten Verzweiflung / und du, die du niemals mehr wiederkommst.»

BIBLIOGRAFIE: Auf Deutsch greifbar ist: Francis Giauque, «Die Glut der Schwermut im Schattenraum der Nacht». Gedichte und Prosa. In der Übersetzung von Christoph Ferber und Barbara Traber erstmals deutsch ediert und mit einem biografischen Nachwort versehen von Charles Linsmayer. Edition Reprinted by Huber, Band 37, Th.-Gut-Verlag, Zürich 2019.

CHARLES LINSMAYER IST LITERATURWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST IN ZÜRICH



Francis Giauque
(1934–1965)

Etwas Schweizer Lesestoff – für Europameisterinnen und Europameister

15



Sie lesen diese Rubrik, weil Sie offensichtlich die Kunst des Lesens nutzen. Das passt zur Schweiz, denn das Land ist Europameisterin – im Bücherlesen. Besonders lesefreudig sind die Schweizerinnen: Ein Viertel von ihnen liest mehr als 15 Bücher pro Jahr. Übrigens ist das gedruckte Buch in der Schweiz sehr untot: Fast 80 Prozent der Leserinnen und Leser greifen primär zum gedruckten Buch.

Quelle: YouGov-Umfrage 2025



99

Apropos Bewegung: In Zürich können 99 Prozent der Bewohner:innen alle für ihren Lebensalltag wesentlichen Einrichtungen innert 15 Minuten zu Fuss oder per Velo erreichen. Zürich führt damit die Liste der «most walkable» Grossstädte der Welt an. Der 15-Minuten-Radius ist ein Indikator für Nachhaltigkeit – und auch ein Indikator für guten gesellschaftlichen Austausch in Grossstädten. Die Rangliste führt übrigens nicht von A bis Z, sondern von Z wie Zürich bis A wie Atlanta (USA), ganz am Schluss des Rankings. Quelle: M. Bruno et al., Nature Cities 1

3500

Ziehen Sie aber nun bitte nicht gleich nach Zürich! Die Wohnungen, die dort derzeit neu vermietet werden, sind teuer. Eine freie, 100m² grosse 4-Zimmer-Wohnung kostet im Schnitt 3500 Franken. Glücklicher sind jene, die schon lange in der gleichen Wohnung leben und wesentlich weniger bezahlen. Wer in die Schweiz zieht und ein «Mieterparadies» sucht, wählt besser St. Gallen oder Biel.

Quelle: Wüest Partner

43

Bücher sind geistige Nahrung. Sehr hoch im Kurs ist aber auch die kalorienreiche Nahrung: 43 Prozent der Schweizer Bevölkerung ist übergewichtig. Auffällig ist die Entwicklung bei den stark Übergewichtigen, den Adipösen: Deren Anteil hat sich innert 30 Jahren verdoppelt. Mehr Bewegung, weniger Lesen: Ist das eine Option?

Quelle: Bundesamt für Statistik

183 661

Zum Schluss noch die grosse Zahl: Innerhalb von nur zwei Wochen hat das Team hinter der neuen Konzernverantwortungsinitiative 183 661 Unterschriften gesammelt. Noch nie nahm in der Schweiz ein Volksbegehren so rasch die erste Hürde. Um eine Volksabstimmung zu erwirken sind 100 000 gültige Unterschriften nötig.

Quelle: konzernverantwortung.ch

Die «Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizer:innen, erscheint im 50. Jahrgang fünfmal jährlich in Deutsch, Französisch, Englisch und Spanisch. Sie erscheint in 13 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 469 000 Exemplaren (davon 299 000 elektronische Exemplare).

Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer:innen erhalten die Zeitschrift gratis. Nichtauslandschweizer:innen können sie kostenpflichtig abonnieren (Schweiz: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.– pro Jahr).

ONLINE-AUSGABE
www.revue.ch

REDAKTION
Marc Lettau, Chefredaktor (MUL)
Stéphane Herzog (SH)
Theodora Peter (TP)
Susanne Wenger (SWE)
Amandine Madziel, Vertretung EDA (AM)

AMTLICHE MITTEILUNGEN DES EDA
Die redaktionelle Verantwortung für die Rubrik «Aus dem Bundeshaus» trägt die Konsularische Direktion, Abteilung Innovation und Partnerschaften, Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz. kdip@eda.admin.ch | www.eda.admin.ch

ANZEIGENLEITUNG
Airpage AG, Uster/Zürich
furrer@airpage.ch | www.airpage.ch

Die Auftraggeber:innen von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.

REDAKTIONSASSISTENZ
Nema Bliggenstorfer (NB)

ÜBERSETZUNG
SwissGlobal Language Services AG, Baden

GESTALTUNG
Joseph Haas, Zürich

DRUCK & PRODUKTION
Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

HERAUSGEBERIN
Herausgeberin der «Schweizer Revue» ist die Auslandschweizer-Organisation. Sitz der Herausgeberin und der Redaktion: Auslandschweizer-Organisation, Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz. revue@swisscommunity.org
Telefon +41 31 356 61 10
Bankverbindung:
CH97 0079 0016 1294 4609 8 / KBBECH22

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE
3. März 2025

ADRESSÄNDERUNGEN
Änderungen in der Zustellung teilen Sie bitte direkt Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit. Die Redaktion hat keinen Zugriff auf Ihre Adressdaten.





Utopische Umweltverantwortungs-Initiative geht dem Volk zu weit

Mit fast 70 Prozent Nein ist die Initiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen» an der Urne gescheitert. Auch die Stimmenden der Fünften Schweiz lehnten das Anliegen der Jungen Grünen am 9. Februar 2025 ab.

THEODORA PETER

Sie haben zwar verloren, doch bereuen sie ihr Engagement nicht: «Zum ersten Mal hat ein Land darüber abgestimmt, ob die planetaren Grenzen den Rahmen der Wirtschaft bilden sollen», schreiben die Jungen Grünen. Das wissenschaftliche Konzept orientiert sich an Belastungsgrenzen für das Ökosystem Erde – zum Beispiel bei der Biodiversität, beim Wasserhaushalt oder beim Klima.

Mit ihrer Initiative wollte die Jungpartei erreichen, dass die Schweiz ihren Ressourcenverbrauch stark einschränkt, um die natürlichen Lebensgrundlagen des Planeten zu erhalten («Revue» 6/2024). Dieses Ziel hätte innerhalb von zehn Jahren erreicht werden müssen. Das ging der Bevölkerung offensichtlich zu weit. 69,8 Prozent der Stimmenden lehnten die Umweltverantwortungs-Initiative ab. Weniger deutlich fiel mit 55,1 Prozent das Nein der Auslandschweizerinnen und -schweizer aus.

Die Abstimmungsgewinner aus dem rechten Lager sahen sich in ihrer Skepsis gegenüber der «extremen» Initiative bestätigt. Sie hatten im Abstimmungskampf vor einer «Wohlstandsvernichtung» gewarnt und sahen die liberale Wirtschaftsfreiheit gefährdet. Auch die Grünliberalen, ökologischen Anliegen ansonsten wohlgesinnt, erachteten eine Umsetzung der Initiative als «unmöglich».

Für Umweltminister Albert Rösti (SVP) ist das Volks-Nein «gewiss kein Nein zum Schutz der Umwelt». Es sei unbestritten, «dass wir den natürlichen Lebensgrundlagen



Sorge tragen müssen», sagte Rösti nach dem Abstimmungssonntag. Die Bevölkerung wolle aber kein «radikal anderes Leben, als wir es heute in der Schweiz führen».

«Nicht von heute auf morgen»

Das Volksverdict interpretierte der Bundesrat als Bestätigung für den bisherigen Kurs in der Umwelt- und Klimapolitik. Der CO₂-Ausstoss sei bereits rückläufig. Von Innovationen und einer Stärkung der Kreislaufwirtschaft erhofft sich Rösti weitere Fortschritte. «Die Umstellung auf eine ressourcenschonende Lebensweise kommt nicht von heute auf morgen.»

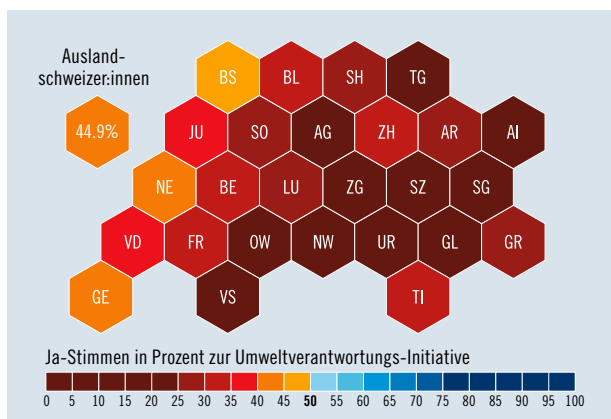
Mit dem Klimaschutzgesetz, dem das Volk vor zwei Jahren zustimmte («Revue» 4/2023), verpflichtet sich die Schweiz, schrittweise aus fossilen Energieträgern wie Erdöl und Gas auszusteigen. Damit soll das Land bis 2050 klimaneutral werden, so wie es das Pariser Klima-Abkommen vorsieht.

Erreichbar ist das Netto-Null-Ziel nur dann, wenn Industrie, Verkehr und Privathaushalte den Ausstoss umweltschädlicher Treibhausgase stark reduzieren. Doch harzt es bei der Umstellung auf erneuerbare Energien: Der anfängliche Solarboom ist abgeflacht, der Verkauf von Elektroautos geht zurück, und in vielen Gebäuden wird nach wie vor mit Erdöl geheizt. Kommt dazu, dass der Bund spart und Klimaprogramme streichen will. Laut Umweltminister Rösti hält der Bundesrat dennoch an den «ambitiosen» Klimaschutz-Zielen fest.

Der nächste eidgenössische Urnengang findet erst am 28. September 2025 statt. Die entsprechende Abstimmungsvorschau erscheint in der kommenden «Revue».

Die Crew der Jungen Grünen und der JUSO am 9. Februar 2025, während den ersten Hochrechnungen zu ihrer Initiative. Ihre Enttäuschung war offensichtlich, aber bereit haben sie ihr Engagement nach eigenem Bekunden nicht. Foto Keystone

Nein zu Umweltverantwortungs-Initiative



Die Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen» wurde national mit 69,8 Prozent der Stimmen abgelehnt. Auch die Fünfte Schweiz war dagegen – mit 55,1 Prozent Nein aber weniger deutlich. Kein einziger Kanton sagte Ja.

Der Tag, an dem die Fünfte Schweiz offiziell wurde

Am 16. Oktober 1966 prägte ein Urnengang die Beziehungen zwischen Heimat und Diaspora neu: Die Schweizer Stimmberechtigten sagten Ja zu einem Auslandschweizer-Artikel in der Bundesverfassung. Die Autoren David Hesse und Philipp Loser zählen dieses Votum in ihrem neuen Buch «Heute Abstimmung!» zu den 30 Volksentscheiden, die die Schweiz veränderten. – Nachstehend das vollständige Buchkapitel.

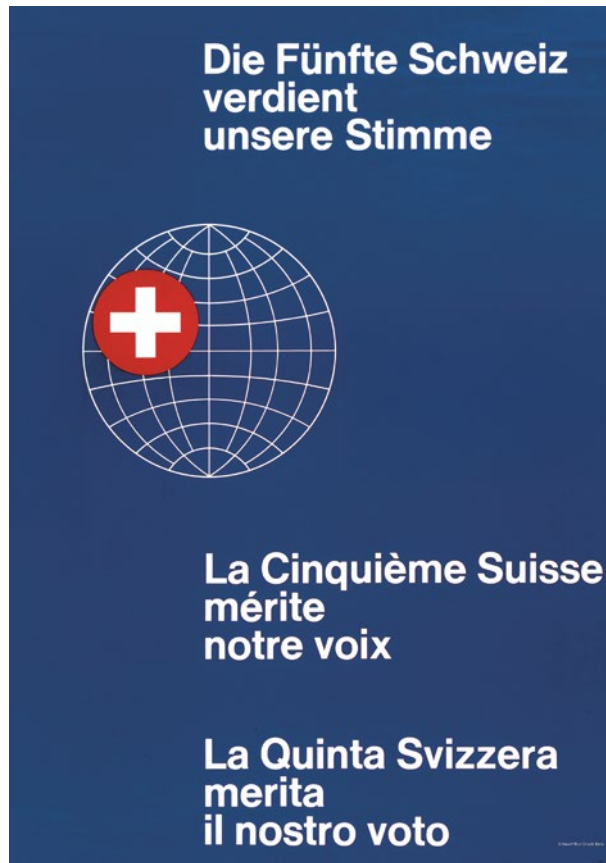
DAVID HESSE UND PHILIPP LOSER

Über Jahrhunderte war die Schweiz ein Auswanderungsland. Männer, Frauen, Kinder verliessen ihre Täler und suchten das Glück im Ausland – als Reisläufer und Zuckerbäcker, Architekten und Kindermädchen, Händler, Melker und Kaminfegerkinder. Erst Ende des 19. Jahrhunderts begann die ausländische Zuwanderung höher zu werden als die Schweizer Abwanderung. 1914 vermuteten die Behörden 380 000 Schweizer Bürger im Ausland – eine stolze Zahl bei damals weniger als 4 Millionen inländischer Einwohnerinnen und Einwohner.

Bund und Kantone hatten wenig Interesse an den Ausgewanderten oder waren gar interessiert am Export von Armut. «Man war froh, dass sie weg waren», sagt der Historiker Patrick Kury. Wer das Land verlassen hatte, verlor Anspruch auf Schutz und Fürsorge. Immerhin, ab 1874 beaufsichtigte der Bund die privaten Agenturen, die die Auswanderung organisierten und bei denen es immer wieder zu Betrügereien kam. Und im Jahr 1900 nahm ein staatliches Auswanderungsamt den Betrieb auf, das präventive Beratung leistete und «leichtsinnige Auswanderung» zu verhindern suchte.

Im Ersten Weltkrieg veränderte sich der Blick auf die Diaspora. Ein nationales Sammeln setzte ein, ein Bemühen um Zusammenhalt. Die Abwanderung wurde neu und kritisch als ein Verlust von nationaler Kraft diskutiert. Die 1914 gegründete Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) trat an, «das nationale Erbgut wahren» zu wollen – und bemühte sich um Anbindung der Auslandschweizervereine und Schweizerschulen.

1916 schuf sie eine Ablegergruppe in London und 1920 das Auslandschweizerwerk, das sich bis heute als Auslandschweizer-Organisation (ASO) für die Beziehungspflege zwischen



Heimat und Ausgewanderten einsetzt.

Die Emigranten hatten den neuen Bundesstaat ab 1848 wiederholt um Schutz und Stimmrecht gebeten. Doch erst zu Beginn der 1960er-Jahre nahm der Bund ihr Begehren auf. Er sah die Ausgewanderten nun vermehrt als Potenzial, das es zum Wohle der Nation zu erschliessen galt. In seiner Botschaft an die Bundesversammlung vom 2. Juli 1965 schrieb der Bundesrat: «Die Schweiz als kleines und rohstoffarmes Binnenland mit einer hoch entwickelten und weltweiten Wirtschaft ist auf starke und lebenskräftige Niederlassungen, die durch tüchtige Auswanderer immer wieder aufgefrischt werden, angewiesen.» Diaspora-Netzwerke wurden wirtschaftlich interessant. Entsprechend wollte der Bundesrat seine Zuständigkeit für die Auslandschweizerinnen

Der Auslandschweizer-Artikel, für den dieses Plakat wirbt, wurde mit rund 68 Prozent der Stimmen deutlich angenommen.

Foto Graphische Sammlung Schweizerische Nationalbibliothek, Bern

und Auslandschweizer in der Verfassung festhalten. Der neue Artikel sollte den Bund ermächtigen, die «Rechte und Pflichten» der Auslandschweizer zu regeln. Explizit im Text genannt waren «die Ausübung politischer Rechte, die Erfüllung der Wehrpflicht und die Unterstützung». Das Referendum für die Verfassungsänderung war obligatorisch.

Abstimmungsdebatte

Das Abstimmungsjahr 1966 wurde zum Jahr der Auslandschweizer. Drei Altbundesräte – Traugott Wahlen, Max Petitpierre und Giuseppe Lepori – stellten sich dem Patronatskomitee der Auslandschweizer-Organisation zur Verfügung, die 1966 ihr 50-Jahr-Jubiläum ausrichtete. Die Post gab eine Auslandschweizer-Marke aus, die Landesbibliothek in Bern lancierte eine Ausstellung («Die Fünfte Schweiz im Wandel der Zeit»). Plötzlich schienen sich alle einig: Emigranten sind ein Gewinn für die alte Heimat.

Kritische Stimmen gab es kaum, die NZZ nannte die Vorlage kurz vor dem Abstimmungstermin «völlig unbestritten». Es gehe, so die Zeitung, um viel mehr als um einen technischen Verfassungsartikel: «Vielmehr will die Schweiz damit ihren Landsleuten im Ausland eine Dankesschuld abstaten, ihre wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leistungen anerkennen und das Zusammengehörigkeitsgefühl verankern.»

Im Nationalrat hiess es, der Artikel werde die Auslandschweizer zu «vollwertigen Mitbürgern» machen. Das neue Bemühen um die Schweizer jenseits der Grenzen geschah erstens im Kontext der Dekolonialisierung. Schweizer Auswanderer in Algerien oder im Kongo hatten sich vermehrt an den Bund gewandt, weil sie Land und Vermögen verloren hatten. Das

gab Bern Anlass, den Umgang mit den Emigranten klar zu regeln.

Zweitens besann sich die Schweiz im Kalten Krieg der 1960er-Jahre auch zurück auf die Geistige Landesverteidigung, postulierte die schweizerische «Eigenart» und den «Sonderweg». Alles Schweizerische war gut und gefragt, auch jenseits der Grenzen.

Drittens erlebte die Schweiz einen Globalisierungsschub. Die Nation setzte gerade deshalb so sehr auf Unverwechselbarkeit, weil sich real so vieles änderte. Der Wirtschaftsboom der 1950er und 1960er brachte starke Zuwanderung, Bautätigkeit und Bevölkerungswachstum mit sich. Die Schweizer Wirtschaft verflocht sich international, der Bankenplatz wuchs, und 1966 trat die Schweiz der Welthandelsorganisation GATT (heute WTO) bei. Mit diesem Wandel gingen Ängste einher: 1961 wurde die rechtskonservative Nationale Aktion gegründet, die gegen Zuwanderung Stimmung machte.

Die Einbindung der Fünften Schweiz passte 1966 für national wie weltoffen gesinnte Stimmbürger. Sie sagten Ja zu einer unverwechselbaren Schweiz, die nicht an ihren Grenzen endet.

Die doppelte Entwicklung von wirtschaftlicher Öffnung und Rückkehr ins mentale Réduit prägte die Schweiz der 1960er-Jahre. An der Landesausstellung von 1964 standen Appelle an die nationale Wachsamkeit neben Offenheit und Zukunftsoptimismus. In-

tellektuelle wie der Zürcher Germanist Karl Schmid beschrieben ein breit debattiertes «Unbehagen im Kleinstaat» (1963).

Die Einbindung der Fünften Schweiz passte 1966 für beide Seiten, für national wie weltoffen gesinnte Stimmbürger. Sie sagten Ja zu einer unverwechselbaren Schweiz, die nicht an ihren Grenzen endet. Die Vorlage wurde deutlich angenommen, alle Stände und fast 70 Prozent der Stimmentenden hiessen den Auslandschweizer-Artikel gut. Am höchsten war die Zustimmung in Genf, am tiefsten in Schwyz, Wallis und Obwalden. Dass mehr als 30 Prozent den Artikel ablehnten, zeigt aber, dass manche Schweizer die Emigranten weiter als Fahnenflüchtige sahen, für die kein Geld ausgegeben werden sollte.

Wirkung

Der Volksentscheid prägte die Beziehung zwischen Heimat und Diaspora neu. Auswanderer und ihre Familien fanden sich nach 1966 in der Bundesverfassung aufgeführt und fühlten sich wertgeschätzt. Von einem «Aufbruch in die Zukunft» schrieb die Auslandschweizer-Organisation im Rückblick auf 1966. Der Bund ging auf Basis des neuen Artikels nacheinander mehrere Pendenzen an. Er regelte den Zugang der Ausgewanderten zu Fürsorgeleistungen (ab 1974 ist der Bund zuständig, nicht mehr die Heimatkantone), ihre Dienstpflicht zu Friedenszeiten – und schliesslich ihr Recht auf politische Teilhabe.

Ein Bundesgesetz, seit 1977 in Kraft, verleiht Schweizerinnen und Schweizern im Ausland das aktive wie passive Stimm- und Wahlrecht. Es erlischt nicht, wird durch die Generationen mit dem Pass vererbt. Eine Beschränkung des Stimmrechts auf einige Jahre ab Wegzug (wie es Kanada kennt) wurde nicht erwogen.

Stark genutzt wurde das Stimmrecht ab 1977 vorerst nicht, denn man hatte sich als Auswanderer noch leibhaftig in die Schweiz zu begeben, um seine Stimme abzugeben. Das änderte

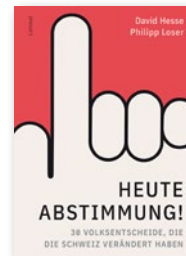
sich erst 1992, als die briefliche Stimmabgabe möglich wurde. Auslandschweizer dürfen heute am Heimatort oder am letzten Wohnort stimmen. Seit 2008 lassen einzelne

Abstimmen wirkt

Drei- bis viermal im Jahr landet das Couvert mit den Abstimmungsunterlagen im Briefkasten. In der Schweiz ist dieser Vorgang so alltäglich, dass viele das grosse Privileg der direkten Demokratie kaum noch wahrnehmen.

Doch Volksentscheide können das Land dauerhaft verändern, wie David Hesse und Philipp Loser in ihrem Buch zeigen. Die beiden Journalisten und Historiker hatten die gute Idee, aus den Hunderten Abstimmungen seit der Gründung des Bundesstaats 1848 dreissig besonders einflussreiche herauszugreifen. Gewisse Urnengänge gehören selbstredend in die Auswahl, wie das wuchtige Ja zur AHV (1947), das späte Ja zum Frauenstimmrecht (1971), das knappe Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum (1992). Es kommen aber auch Themen im Buch vor, bei denen heute wohl weniger bekannt ist, dass das Volk ein Machtwort sprach: die Geburt der Bundesbahnen SBB (1898), die Einbindung der Auslandschweizerinnen und -schweizer (1966, siehe Haupttext), der Abschied vom Patriarchat im Eherecht (1985). Pionierhaft beim Arbeitnehmerschutz zeigte sich das Land 1877 mit dem Ja zum Fabrikgesetz. Und während die «Überfremdungs-Initiative» 1970 scheiterte, kam 44 Jahre später die Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» durch.

Um viele der porträtierten Entscheidungen wurde hart und emotional gerungen. Das Buch beleuchtet Vorgeschichten, Abstimmungsdebatten, Ergebnisse und reale Folgen. Es ist frisch erzählt und hochinteressant. Beim Lesen wird klar, warum die Autoren betonen: «Die Schweiz wird geformt von Wasser, Wetter, Stein – und Volksabstimmungen.» (SWE)



«Heute Abstimmung! 30 Volksabstimmungen, die die Schweiz verändert haben»; David Hesse und Philipp Loser, Limmat-Verlag, 2024, 248 Seiten, CHF 38.00

Kantone Auslandschweizer testhalber elektronisch wählen und stimmen. Mit dem in Berlin wohnhaften Ex-Botschafter Tim Guldemann wurde 2015 der erste «Internationalrat» ins Parlament gewählt. Seine Anreisepesen übernahm der Bund.

Heute sind die Auslandschweizer ein politischer Faktor. Über 800 000 Schweizerinnen und Schweizer leben im Ausland, sie wären der viertgrösste Kanton des Landes. Rund 220 000 sind in die Wahlregister eingetragen, nehmen an Wahlen und Abstimmungen teil. Oft sind das Auslandschweizer, die nicht für immer ausgewandert, sondern vorübergehend im Ausland sind. Der Charakter der Emigration hat sich mit Billigflügen und Internet sehr verändert. «Statt von Auswanderung sollte man heute besser von internationaler Mobilität sprechen», sagt Rudolf Wyder, langjähriger Direktor der Auslandschweizer-Organisation.

Der Auslandschweizer-Artikel von 1966 stellte die Beziehung der Schweiz zu der sich wandelnden Diaspora auf ein dauerhaftes Fundament. 2015 trat das neue Auslandschweizergesetz in Kraft, das die bisherigen Etappen in einem Gesetz sammelt. Nicht mehr Misstrauen und Ablehnung prägen heute den Umgang mit der Fünften Schweiz, sondern Wertschätzung. Der Bund beteiligt sich an Schweizerschulen, betreibt einen Online-Schalter für Auslandschweizer, die Plattform SWI swissinfo.ch, eine Auslandschweizer-Statistik sowie weitere Dienstleistungen zur Aus- und Rückreise.

Noch liesse sich mehr tun: «Eine kohärente Auslandschweizerpolitik des Bundes, die wirklich auf das Potenzial der Diaspora abzielt, fehlt noch immer», sagt Rudolf Wyder. Andere Länder (Irland, Singapur) haben eigene Diaspora-Ministerien. Eine Verfassungsgrundlage für solche Neuerungen gäbe es seit 1966 auch in der Schweiz.

Auszug aus dem Buch «Heute Abstimmung! 30 Volksabstimmungen, die die Schweiz verändert haben»

Meimuna singt von Sanftmut in einer unruhigen Welt

Die Walliserin Cyrielle Formaz, alias Meimuna, brachte Ende 2024 ihre erste LP heraus. «c'est demain que je meurs» handelt von Nostalgie, Narben und Wiedergeburt. Meimuna singt über ihren Heimatkanton, das Wallis, dessen konservative Seite, aber auch über seine wilde Schönheit.



MEIMUNA:
«c'est demain que je meurs»
2024, Radicalis Musics

Anfang Jahr war sie auf Tournee in Frankreich und stand mit nur einer anderen Musikerin, der Gitarristin Claire Moreau, auf der Bühne, um ihr erstes Album vorzustellen: «c'est demain que je meurs». Dieses intime Format passt gut zur Sängerin und Gitarristin Cyrielle Formaz, die sich nach ihren Konzerten jeweils mit ihren Fans unterhält. «Es sind Leute, die mich seit Jahren kennen. Sie erzählen mir, dass es in meinen Liedern um sie geht, dabei singe ich über mich und mein Leben. Im Intimen liegt das Universelle», sagt sie. Sie freut sich über die beinahe überraschende Tatsache, dass es in einer Welt, «in der sich die Menschen in Bildschirmen regelrecht verlie-

ren», immer noch solche gibt, die jemanden auf der Bühne sehen und hören wollen. «Das ist schon fast draufgängerisch», lacht sie mit der rauhen und schelmischen Stimme, die ihr Markenzeichen ist.

Wie lässt sich ihre musikalische Herangehensweise umschreiben? «Melancholie, Nostalgie und Hoffnung», antwortet Meimuna, die sich nicht scheut zu sagen, dass sie mit ihren Liedern den Zuhörerinnen und Zuhörern Trost zu spenden versuche. Das im Oktober 2024 veröffentlichte Album «c'est demain que je meurs» ist die erste LP, die von der Künstlerin selbst produziert wurde, obwohl es Meimuna bereits seit zehn Jahren gibt. Die Arrangements sind ausgefeilt und bieten der Gitarre genügend Raum. Cyrielle Formaz spielt ihr Instrument, eine sechssaitige Gitarre, mit viel Fingerfertigkeit. Und die 30-Jährige ist für sämtliche kreativen Aspekte ihrer Arbeit selbst verantwortlich: Komposition, Aufnahme, Abmischung und Grafik.

Wir wippen mit Kopf und Fuss, als wir uns «tomber de haut», ein regelrechter Ohrwurm aus ihrem letzten Album, zu Gemüte führten. Der Song baut auf einem Gitarrenpicking – einem Arpeggio – auf, das schliesslich von Maschinen übernommen und geloopt wird, untermalt von Schlagzeug und Bass. Eine eingängige Melodie. Ein hitverdächtiger Refrain. Ein sinnlicher und poetischer Text. Cyrielle Formaz hat den Videoclip zu diesem wunderschönen, innovativen und einfachen Lied selbst gezeichnet. Man sieht sie singen und tanzen vor einem Hintergrund aus elfenbeinfarbenem Zeichenpapier, bevor sie sich in ein Auge und dann in einen Vogel verwandelt. «Ich habe über drei Monate lang 3000 Zeichnungen angefertigt», erklärte die in Orsières geborene Künstlerin. «Je ne serai pas l'otage / De mes histoires / Il n'est jamais trop tard / Pour tomber de haut / Souffler sur ma peau / Repartir à zéro», haucht sie in diesem federleichten Song, in dem einige Strophen wie ein Haiku klingen: «Est-ce que les parents tristes / Font des enfants tristes?»



Foto Marius Mattioni



Foto Marius Mattioni

Nach einem zweijährigen Aufenthalt in Brüssel lebt Cyrielle Formaz heute in Sion. Sie liebt das «Vieux Pays», wie das Wallis auch genannt wird, weil dort die Berge sind, wo sie gerne wandern und klettern geht. Was die Rolle der Natur in unserem Leben angeht, zitiert sie Ramuz und Corinna Bille. In musikalischer Hinsicht erwähnt sie Laurence Revey, eine Walliser Musikerin, die ihr gezeigt hat, dass man im Wallis auch Musik machen kann. Meimuna? Das ist eine asiatische Zikade, die bis zu 25 Jahre als Larve unter der Erde verbringt, bevor sie herauskommt und nach einem Tag stirbt. Auf ihrem ersten Album fällt ein Lied besonders auf: «Ève V. (battre des records)», das der verstorbenen französischen Sängerin, Tänzerin und Schauspielerin Lolo Ferrari gewidmet ist, deren Stimme im Song zu hören ist. Ève Vallois, wie sie mit richtigem Namen hiess, hatte für Furore gesorgt, weil sie ihre riesigen, durch Implantate aufgeblasenen Brüste wie eine Marke behandelte. «Tu veux tromper la mort / Trouver du réconfort / Changer de nom, de corps / Battre des records», singt Meimuna wie in einer Trauerrede, mit der sie die Verstorbene trösten will. Das Wallis ist auch eine Region, in der Worte durch Stille erstickt werden können. «Ich bin in Orsières aufgewachsen und habe immer darunter gelitten, dass es dort zu wenig Raum gab, um sich auszudrücken. Man spricht nicht über Gefühle. Aber das ist nicht nur im Wallis so, sondern auch in anderen ländlichen Gegenden», sagt sie.

STÉPHANE HERZOG

www.meimuna.ch

www.youtube.com/MEIMUNAofficial



Schweizerinnen dribbeln auf die grosse Fussballbühne

Der Frauenfussball boomt. Doch die Schweiz liegt im Vergleich mit Topnationen wie Spanien, England oder Deutschland zurück. Die Europameisterschaft, die im Juli in der Schweiz stattfindet, soll dem heimischen Nachwuchs Auftrieb geben.

THEODORA PETER

Wenn die Schweizerinnen am 2. Juli im St.-Jakob-Park in Basel das EM-Eröffnungsspiel gegen Norwegen bestreiten, sind sie nicht die Titel-Favoritinnen. Zu den Gewinnerinnen gehören sie trotzdem: Erstmals wird das Nationalteam in einem Schweizer Fussballstadion vor einer Rekordkulisse von mehr als 30 000 Zuschauerinnen und Zuschauern auflaufen. Einige Schweizerinnen kennen dieses prickelnde Gefühl bereits aus den ausländischen Frauenligen, wo sie regelmässig vor grossem Publikum spielen – so zum Beispiel die Kapitänin Lia Wälti, die beim renommierten englischen Klub Arsenal London unter Vertrag steht (siehe «Revue» 5/2023).

Bis vor wenigen Jahren fristete der Frauenfussball in der Schweiz ein Schattendasein. Von Medien und Sponsoren wenig beachtet, trug das Schweizer Nationalteam seine Partien meist in kleinen Stadien vor ein paar Hundert Fans aus. Seit die Schweiz vor zwei Jahren den Zuschlag für die Durchführung der EM 2025 erhielt, und das Frauenteam an der WM 2023 in Australien eine gute Leistung zeigte, steigt das öffentliche Interesse.

Früher noch belächelt

Die heute 47-jährige Berner Fussballfunktionärin Franziska Schild spielte in jungen Jahren in der obersten Frauenliga und lief zur Jahrtausendwende

Vor vollen Rängen wehren Torhüterin Elvira Herzog (21), Luana Bühler (15) und Coumba Sow (rechts) einen Angriff ab. Das Spiel gegen Frankreich vom 29. Oktober 2024 in Genf endete mit einem 2:1 Sieg der Schweizerinnen.

Foto Keystone

auch mehrere Male für das Schweizer Nationalteam auf. Die Bedingungen seien damals noch sehr amateurhaft gewesen, erinnert sich Schild: «Wir erhielten ein Bahnbillett vom Wohn- zum Versammlungsort sowie pro Jahr zwei Paar Fussballschuhe.» Gespielt wurde in den ausrangierten Trikots der Männernationalmannschaft, die den Frauen unvorteilhaft um den Leib flatterten. Auf weibliche Körper zugeschnittene Trikots waren damals noch kein Thema. Auch wurde der Frauenfussball mitunter belächelt. «Uns Spielerinnen kümmerte das Ansehen nicht. Wir wollten einfach kicken.»

Seither hat sich vieles getan – auch in der Nachwuchsförderung. Dazu trug Franziska Schild in den



«Uns Spielerinnen kümmerte das Ansehen nicht. Wir wollten einfach kicken.»

Franziska Schild, ehemalige Nationalspielerin

letzten Jahren als Leiterin Fussballentwicklung beim Fussballverband Bern/Jura bei, dem mit rund 190 Amateurklubs grössten Regionalverband der Schweiz. «Damit mehr Mädchen Fussball spielen, braucht es mehr Angebote ausschliesslich für Mädchen», sagt Schild. Vielerorts lässt man talentierte Mädchen bei den Buben mittrainieren, «auch das soll weiterhin möglich sein». Doch immer mehr Mädchen wählten die Teamsportart Fussball gerade deshalb, weil sie unter sich spielen möchten. Bereits auf Kinderstufe sind reine Mädchen-Meisterschaften und «Girls only»-Turniere inzwischen etabliert.

Im Frühling wechselt die erfahrene Funktionärin zum Berner Spitzenklub BSC Young Boys (YB), wo Schild die Gesamtverantwortung der Frauenabteilung übernimmt. Auch die männlich geprägten Profiklubs haben das Potenzial des Frauenfussballs erkannt. Noch vor zehn Jahren stand die Frauenabteilung bei YB fast vor dem Aus. Nun investiert der Klub 40 Millionen Franken in den Bau eines Campus für den Nachwuchs und für die Frauen.

Europameisterschaft als Katalysator

Unter dem Motto «Here to Stay» – Gekommen, um zu bleiben – will der Schweizerische Fussballverband (SFV) die EM nutzen, um den Frauenfussball in der Schweiz nachhaltig zu stärken. Gegenwärtig liegt der Frauenanteil an den schweizweit rund 340 000 lizenzierten Spielerinnen und Spielern bei 12 Prozent. «Wir möchten die Zahl der fussballspielenden Mädchen bis 2027 von 40 000 auf 80 000 verdoppeln», erklärt Marion Daube, Direktorin Frauenfussball beim SFV. Ein Aufwärtstrend sei bereits spürbar, seit bekannt ist, dass das prestigeträchtige Sportturnier in der Schweiz

Franziska Schild ist eine Schlüsselfigur bei der Entwicklung des Frauenfussballs in der Schweiz. Heute steht sie der Frauenabteilung des BSC Young Boys vor.

Foto Daniel Rodriguez, FVBJ

stattfindet. Gemäss Daube zeigen Erfahrungen aus dem Ausland, dass «ein Turnier dieser Grössenordnung wie ein Katalysator wirkt, und man bei der Entwicklung einer Sportart bis zu zehn Jahre gewinnt».

Verdoppeln will der Verband auch die Zahl der Trainerinnen, Schiedsrichterinnen und Funktionärinnen. Dafür braucht es nebst der Überzeugung auch zusätzliche Mittel. Der Bundesrat wollte die Durchführung der Frauenfussball-EM ursprünglich nur mit vier Millionen Franken unterstützen – ein Klacks im Vergleich zu den 80 Millionen Franken, die der Bund 2008 in die Männerfussball-EM in der Schweiz gesteckt hatte. Nach heftigen Protesten erhöhte das Parlament den Betrag schliesslich auf 15 Millionen Franken – ein Teil davon fliesst in die Sportförderung. Gelder sprachen auch die beteiligten Kantone und Städte. Dies ermöglicht gezielte Investitionen – etwa in spezifische Ausbildungskurse für Trainerinnen.

Ein grosses Problem bleibt der Mangel an geeigneten Trainingsplätzen. Die knappe Infrastruktur bringt viele Klubs an ihre Grenzen, und auch bei den Buben steigen die Anmeldezahlen. Ziel der Mädchenförderung könne nicht sein, die Jungs von den Wartelisten zu verdrängen, betont

Daube. «Doch wir müssen Lösungen finden, die den Mädchen die gleichen Chancen bieten.» Bei allen Beteiligten – Klubs und Behörden – sei das Bewusstsein gewachsen, «dass es vorwärtsgehen muss, gerade bei den Trainingsplätzen». Daube erhofft sich von der EM eine Euphorie, die dem Frauenfussball in der Schweiz noch mehr Auftrieb gibt. Gar mit einem Titelgewinn rechnet sie nicht. Erstes Ziel sei es, sich für die Viertelfinals zu qualifizieren. «Für die Spielerinnen ist es das Allergrösste, sich auf heimischen Boden zu präsentieren.»

Heimturnier in acht Schweizer Städten

Die Frauenfussball-EM findet vom 2. bis 27. Juli 2025 in den Städten Basel, Bern, Genf, Luzern, Sitten, St.Gallen, Thun und Zürich statt. 16 Länder, darunter die Schweiz als Gastgeberin, spielen in vier Gruppen um den Einzug in die Viertelfinals – gefolgt von den beiden Halbfinals und dem Final. Zu den Titelfavoritinnen zählen die amtierenden Europameisterinnen aus England sowie die Weltmeisterinnen aus Spanien. Für die aus ganz Europa anreisenden Fans organisieren die «Host Cities» Rahmenprogramme mit Public Viewings. Als Turnier-Maskottchen dient die Figur einer jungen Bernhardiner-Hündin namens «Maddli». Mit dem Namen wird Madeleine Boll geehrt, die erste lizenzierte Fussballspielerin der Schweiz. Die heute 71-jährige Walliserin knackte 1965 die Männerdomäne, als sie als Zwölfjährige im männlichen Nachwuchsteam des FC Sion mitspielte. (TP)

www.uefa.com/womenseuro

Absage auf Absage. Oder: Die Mühen der Mitte

Erst wollte gar niemand für die Nachfolge der zurücktretenden Bundesrätin Viola Amherd kandidieren. Es gab reihenweise Absagen. Neu in den Bundesrat gewählt wurde am 12. März 2025 schliesslich der Zuger Martin Pfister. Doch seine Wahl macht die Mühen der Mitte nicht vergessen.

CHRISTOF FORSTER

Eben noch schien es, als hätte sich die Partei «Die Mitte» stabilisiert. Bei den nationalen Wahlen im Herbst 2023 konnte sie nach Jahren des Niedergangs endlich wieder leicht zulegen und steht nun beim Wähleranteil praktisch gleichauf mit der FDP. Die Fusion mit der BDP und der Namenswechsel von CVP zu «Die Mitte» hatten sich auch elektoral ausbezahlt. Mit wiedergewonnenem Selbstvertrauen begann man sogar, auf einen zweiten Bundesrats-sitz zu schielen.

Verflogene Aufbruchsstimmung

Gut ein Jahr später ist die Aufbruchsstimmung bereits wieder verflogen. Der Austritt von Bundesrätin Viola Amherd aus der Regierung hat in der Partei eine kleine Krise ausgelöst. Die Mitte bekundete grosse Mühe, überhaupt genügend valable Kandidatinnen und Kandidaten für die Nachfolge aufzustellen. Etliche Papabili, denen man das Amt zutraute wie etwa Parteipräsident Gerhard Pfister (ZG), Nationalrat Martin Candinas (GR) und die Ständeräte Isabelle Chassot (FR) und Benedikt Würth (SG) sagten ab. Die Begründungen waren vielfältig und reichten von hoher Arbeitsbelastung über den Fokus auf die Familie bis zu fehlendem inneren Feuer.

Keine Frauen-Kandidatur

Nationalrat und Bauernverbandspräsident Markus Ritter (SG) packte die durch die sich lichternden Reihen auftauchende Gelegenheit beim Schopf und warf selbstbewusst seinen Hut in den Ring. Erst im letzten Moment hat sich mit dem Zuger Regierungsrat Martin Pfister ein zweiter Mitte-Vertreter zu einer Kandidatur durchgerungen. Damit blieb der Partei die Schmach erspart, mit nur einem einzigen Kandidaten antreten zu müssen. Hingegen haben alle Frauen abgesagt, obwohl die Frauenorganisation der Mitte lautstark eine Frauen-Kandidatur forderte.

Ritter, bestens bekannt im Bundeshaus, ging als Favorit ins Rennen. Allerdings hatte er zuvor mit seiner mitunter forschen Art des Lobbyierens für die Sache der Bauern bereits etliche Parlamentarier vor den Kopf gestossen. Pfister wiederum setzte auf seine umgängliche, konsensorientierte Art des Politisierens, um seine fehlende Bekanntheit in Bundesbern wettzumachen. Der Oberst versuchte auch, mit seiner militärischen Vergangenheit zu punkten. Die Kaserne sei ihm vertrauter als das Bundeshaus. Das Rennen machte am 12. März 2025 schliesslich der anfänglich als «Alibikandidat» gehandelte Martin Pfis-



Der neugewählte Bundesrat Martin Pfister erklärt vor der vereinigten Bundesversammlung die Annahme der Wahl.
Foto Keystone

ter. Die vereinigte Bundesversammlung wählte ihn – just bei Redaktionsschluss dieser «Revue» – bereits im zweiten Wahlgang mit 134 Stimmen. Ritter kam auf 110 Stimmen. Pfisters Erfolg war letztendlich also kein Zittersieg.

Das Verteidigungsdepartement im Wandel

Bereits bei Amherds Rücktritt wurde mehrheitlich davon ausgegangen, dass ihr Nachfolger selbstredend das Verteidigungsdepartement (VBS) zu übernehmen habe. Dies könnte bei einigen potenziellen Bewerbern beim Entscheid, nicht zu kandidieren, auch eine Rolle gespielt haben. Nach dem Fall der Mauer 1989 galt das VBS nämlich lange als – unbeliebtes – Einstiegsdepartement. Die Vorsteher flüchteten meist bei der ersten Gelegenheit in wichtigere und prestigeträchtigere Departemente. Als Bundesrat Adolf Ogi (SVP) in den 1990er-Jahren unfreiwillig das Verteidigungsdossier übernehmen musste, klagte er, «in die Nationalliga B strafversetzt» worden zu sein.

Inzwischen ist das VBS angesichts des Ukraine-Kriegs und der Gefahren im Cyberbereich zu einem der wichtigsten Departemente aufgestiegen. Die Politik hat den Finanzrahmen für das Militär massiv erhöht. Mit über 12 000 Beschäftigten ist das VBS das grösste aller Departemente.

Gleichzeitig warten auf den neuen politischen Chef, Martin Pfister, nun viele Baustellen. Mehrere Beschaffungsprojekte sind in Schieflage. Jüngstes Beispiel ist der Kauf von Aufklärungsdrohnen von einer israelischen Firma, deren Lieferung sich weiter verzögert. Die Finanzaufsicht des Parlaments hat im Januar Alarm geschlagen. Es geht um Projekte mit einem Gesamtvolumen von 19 Milliarden Franken. Auch die vom Bundesrat beschlossene Kooperation mit der Nato, die unter Druck von links und rechts steht, muss der neue VBS-Vorsteher absichern.

Ein gutes Gesamturteil, das auch verpflichtet

Im Urteil ihrer Leserinnen und Leser ist die «Schweizer Revue» vor allem eine glaubwürdige Informationsquelle und ein wichtiges Bindeglied zur Schweiz. Das zeigt die Auswertung der letzten, 2024 durchgeführten Leserschaftsbefragung.

MARC LETTAU

Wie urteilt die Leserschaft über die «Schweizer Revue»? Auf diese Frage sucht die Auslandschweizer-Organisation als Herausgeberin der Zeitschrift alle vier Jahre eine fundierte Antwort – mit einer umfassenden, wissenschaftlich begleiteten Leserschaftsumfrage. Jetzt liegen die Erkenntnisse aus der Umfrage 2024 vor, die vom Zürcher Sozial- und Marktforscher Dr. Jörg Schneider konzipiert und durchgeführt wurde.

Mit ihren über 100 Einzelfragen liefert die Umfrage nicht nur einen detaillierten Einblick ins Leseverhalten und in die Lesebedürfnisse, sondern auch ein Gesamturteil. Und das von den Leserinnen und Lesern ausgestellte Zeugnis ist – was uns sehr freut – in eindrücklichem Mass positiv. Zu den hervorzuhebenden Qualitäten der «Revue» zählt aus Sicht des Lesepublikums insbesondere deren Glaubwürdigkeit: 96 Prozent stufen sie als glaubwürdig ein, 60 Prozent geben ihr dabei gar die Bestnote. Positiv gewürdigt wird auch die redaktionelle Linie: 90 Prozent erachten die Zeitschrift als politisch ausgewogen. Lässt man die Leserinnen und Leser die Zeitschrift «alles in allem» benoten, erteilen 86 Prozent die Note «gut» oder die Bestnote «sehr gut», 4 Prozent

Die Titelseiten sind ein augenfälliges Beispiel dafür, wie die Redaktion der «Schweizer Revue» auf das Urteil der Leserschaft reagiert. Nach der Umfrage von 2020 wurde das Cover aufgefrischt und die Bildsprache verbessert. Und in der neuen Umfrage gab es für die Gestaltung signifikant bessere Noten.

kommen auf ein negatives Gesamturteil. Dabei ist anzumerken, dass die Online-Leserschaft die «Revue» insgesamt eine Spur weniger euphorisch bewertet als jene, die das gedruckte Heft nutzen.

Was sich in inhaltlicher Hinsicht deutlich zeigt: Reportagen sind klar das beliebteste Genre und «Natur und Umwelt» das wichtigste Themenfeld.

Was die über 4000 ausgewerteten Fragebogen zeigen: Die «Revue» wird nicht nur als Medium verstanden, sondern auch als emotionale Brücke zur Schweiz. 71 Prozent der Leserinnen und Leser geben an, die Zeitschrift verstärke ihre Bindung zur Schweiz. Und zwei Drittel betonen, die «Revue» erkläre ihnen die heutige Schweiz. Für 24 Prozent ist die «Schweizer Revue» die einzige Quelle, um sich über das Geschehen in der Schweiz zu informieren.

Kritik führt zu Verbesserungen

Aus der Perspektive der Leserinnen und Leser ist die zentrale Frage frei, was mit ihren Rückmeldungen passiert – ob ihre Kritik etwas nützt. Ein Vergleich mit der vorangehenden Umfrage aus dem Jahr 2020 zeigt: Ja,

sie nützt. Was 2020 eher als Schwäche beurteilt wurde – etwa die Bebilderung des Hefts und die Attraktivität der Titelseite –, bewerteten die Leserinnen und Leser 2024 deutlich positiver. Das gilt auch für inhaltliche Aspekte. Inhaltlich ist die «Revue» heute stärker auf die Bedürfnisse ausgerichtet, wünschte sich doch die Leserschaft 2020 mehr aus den Bereichen «Gesellschaft» und «Natur und Umwelt». In der Umfrage 2024 wird nun der thematische Mix signifikant besser bewertet.

Dank den Vergleichsmöglichkeiten zwischen den Umfragen 2020 und 2024 lässt sich auch für Detailfragen – etwa für einzelne Rubriken – schlüssig aufzeigen, wie sich das Urteil der Leserinnen und Leser verändert hat. So ist etwa die früher recht schmucklose Rubrik «Schweizer Zahlen» zu einem Publikumsliedling geworden. Andere Rubriken werden neu kritischer bewertet als noch 2020. Da zeigt sich der eigentliche Sinn von Leserschaftsbefragungen: In Kenntnis der Kritik können sich Redaktion und Herausgeberin nun an die Verbesserung der Schwächen machen. Das sehr gute Gesamturteil ist also keine Einladung, nichts zu tun.



«Die Fünfte Schweiz ist wichtig für das Image der Schweiz»

Marianne Jenni ist seit dem 1. Januar 2025 Direktorin der Konsularischen Direktion (KD) im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Im Interview spricht sie über die notwendige Digitalisierung der konsularischen Dienstleistungen und ihr Engagement für die Fünfte Schweiz.

INTERVIEW: DENISE LACHAT

Marianne Jenni, eben noch waren Sie Botschafterin in Ecuador – und jetzt leiten Sie von Bern aus die Geschicke der Konsularischen Direktion. Welche Überraschungen brachte die Rückkehr in die Schweiz mit sich?

Marianne Jenni: Es gab keine Überraschungen, denn ich wusste bereits, was es heisst, in die Schweiz zurückzukehren. Während den drei Jahren als Botschafterin in Ecuador kehrte ich regelmässig in die Heimat zurück, zuvor hatte ich acht Jahre in Bern gearbeitet. Wer diesen Beruf ausüben will, muss anpassungsfähig sein. Ohne Flexibilität, Optimismus, eine positive Grundhaltung und Neugier wäre es schwierig, alle vier Jahre das Land zu wechseln und sich auf eine neue Sprache und Mentalität oder Kultur einzustellen. Für mich ist die Schweiz aber mein Zuhause geblieben, und mit dem EDA hatte und habe ich einen Schweizer Arbeitgeber – das ist nicht zu vergleichen mit der Situation von jemandem, der auswandert aus der Schweiz.

Die Erfahrungen von Auslandschweizer:innen kennen Sie trotzdem bestens, Sie lebten zuvor ja auch in Paris, Lagos, Rom, London, Bagdad, Kinshasa und Kapstadt ...

Das Leben in einem neuen Land, das man nicht oder nur wenig kennt, ist eine Herausforderung, die man nicht unterschätzen darf. Die ersten Monate sind in der Regel nicht einfach, weil der Alltag neu organisiert werden muss.

Wie einfach ist es denn, als Auslandschweizer:in die Bande mit der Schweiz aufrechtzuerhalten?

Die Veranstaltungen, die ich in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito organisierte – den 1. August, Jungbürgerfeiern und einen Anlass für Pensionierte – waren immer gut besucht. Heute erleichtern auch die modernen Kommunikationsmittel den Austausch mit der Schweiz. Das war vor einigen Jahrzehnten noch anders.

Allerdings sind die modernen Informations- und Kommunikationsmittel nicht garantiert. Zur Zeit nehmen in der Fünften Schweiz viele besorgt zur Kenntnis, dass swissinfo.ch, das digitale Informationsangebot der SRG, Sparmassnahmen des Bundes zum Opfer fallen könnte.

Die Information der Auslandschweizer:innen ist eine Aufgabe, die in der Bundesverfassung festgeschrieben ist und die es umzusetzen gilt. Hier arbeitet die KD mit der Auslandschweizer-Organisation und mit Swissinfo zusammen. Wir werden in der Vernehmlassung zu den Sparvorschlägen selbstver-



Marianne Jenni, seit Anfang Jahr an der Spitze der Konsularischen Direktion, im Interview: «Wer die Zelte abbricht und in einem anderen Land neu aufbaut, nimmt ein Risiko auf sich.» Fotos Danielle Liniger

«Die politische Teilhabe der Fünften Schweiz ist für die politische Schweiz wichtig.»

ständig unsere Argumente einbringen. Am Ende aber entscheidet die Politik.

In der Schweiz scheint sich die Stimmung gegenüber Auslandschweizer:innen abzukühlen, teils werden sie regelrecht als Schmarotzer dargestellt. Beunruhigt Sie das?

In meiner kurzen Zeit im Amt habe ich davon nichts gespürt. Aber diese Darstellung ist natürlich problematisch. Falls das so ist, werde ich mich dafür einsetzen, dieses Image zu korrigieren. Die Kritiker kennen die tatsächlichen Herausforderungen der Auslandschweizer:innen vermutlich nicht. In der Schweiz verlassen wir uns auf ein System, das wunderbar funktioniert und uns Sicherheit bietet. Das ist nicht überall auf der Welt so. Administrative Hürden, wechselnde Sicherheitslagen, ein fehlendes öffentliches Verkehrsnetz oder die Schwierigkeit, sich sozial abzusichern: Auslandschweizer:innen sind mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Wer die Zelte abbricht und in einem anderen Land neu aufbaut, nimmt ein Risiko auf sich.

Wie lautet Ihre Botschaft an die Fünfte Schweiz?

Ich möchte den Auslandschweizer:innen sagen, dass wir an sie denken und für sie da sind. Diesen Auftrag haben uns der Bundesrat und das Parlament in Form des Auslandschweizergesetzes erteilt, und diesen Auftrag nehmen wir ernst. Auslandschweizer:innen tragen Schweizer Merkmale wie Qualität und Zuverlässigkeit ins Ausland, sei dies in der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur oder der Gesellschaft. Die Fünfte Schweiz ist wichtig für das Image der Schweiz.

Wie werden Sie der Fünften Schweiz den Puls fühlen?

Eine meiner Prioritäten wird sein, an möglichst vielen Treffen mit Auslandschweizer:innen und an ASO-Konferenzen teilzunehmen, um zu erfahren, was die Auslandschweizergemeinschaft beschäftigt, denn das ist von Land zu Land verschieden. Gleichzeitig möchte ich daran erinnern, dass die Aus-

landschweizer:innen auch selbst dazu beitragen können, dass ihre Interessen in der Politik vertreten sind, indem sie sich in den Auslandschweizererrat wählen lassen und ihre Erfahrungen einbringen.

Viele Auslandschweizer:innen können ihr Recht, in der Schweiz abzustimmen und zu wählen, gar nicht nutzen: Die Unterlagen dazu treffen oft viel zu spät ein. Ein grosses Ärgernis.

Absolut einverstanden. So gehen wichtige Stimmen verloren. Die politische Teilhabe der Fünften Schweiz ist für die politische Schweiz wichtig.

E-Voting könnte dazu beitragen. Werden Sie sich bei den Kantonen, die damit zögern, für E-Voting stark machen?

Es wird einen Austausch mit den Kantonen geben. Dabei wird E-Voting ein Thema sein.

Die Konsularische Direktion ist die zentrale Anlaufstelle für «konsularische Dienstleistungen» auf der ganzen Welt. Was heisst das in der Praxis?

Eine Vertretung in einer Botschaft oder einem konsularischen Generalkonsulat ist mit einer Gemeindeverwaltung vergleichbar. Sie

nimmt die Anmeldung von Schweizer:innen entgegen, prüft Personalien, nimmt Anträge für Pässe und Identitätsausweise an, übermittelt die Unterlagen für Heiraten und Scheidungen, stellt im Falle von Passverlust ein «Laisser-passer» aus, unterstützt bei Notfällen, hilft bei Todesfällen bei der Organisation der Rückreise, hält Kontakt zur Familie, stellt Visa aus; letztes Jahr nicht weniger als 700 000. Es gibt auch Fälle, in denen Anträge auf Sozialhilfe geprüft werden: Schweizer:innen im Ausland, die völlig mittellos sind und beispielsweise keine Familien haben, die sie unterstützen, können ein entsprechendes Gesuch stellen. Jeder Einzelfall wird anschliessend auf der Grundlage strenger gesetzlicher Kriterien geprüft. Sind die Voraussetzungen gegeben, ist eine Unterstützung denkbar, welche das Existenzminimum des jeweiligen Aufenthaltslandes deckt.

Wie gut ist denn das konsularische Netz der Schweiz?

Die Schweiz bietet in einem dichten konsularischen Netz mit rund 170 Vertretungen und 200 Honorarkonsulaten Dienstleistungen auf einem hohen Standard. Entsprechend hoch sind die Erwartungen an uns. Wenn wir die Qualität unserer Dienstleistungen trotz steigender Zahl von Auslandschweizer:innen wie auch von Auslandsreisen bei gleichzeitigen Sparvorgaben von rund zehn Prozent aufrechterhalten wollen, brauchen wir digitale Lösungen. Diese müssen einen Mehrwert für beide Seiten bringen, in Form von Effizienz und Kundenfreundlichkeit.

Mehrwert, Effizienz und Kundenfreundlichkeit: Was dürfen sich Auslandschweizer:innen darunter konkret vorstellen?

Wir denken über die Schaffung eines digitalen Konsular-Hubs nach, den ich aktuell noch nicht im Detail vorstellen kann. Ziel ist es, Kontakte rascher abzuwickeln als heute. Hingegen soll aktuell keine Vertretung geschlossen werden, das hat der Vorsteher des EDA, Bundesrat Ignazio Cassis, mehrfach bestätigt. Das ist wichtig für uns. Wir möchten mit dem Aufbau des Konsu-



Marianne Jenni: «Ich möchte den Auslandschweizer:innen sagen, dass wir an sie denken und für sie da sind.»

lar-Hubs die Eigenverantwortung der Auslandschweizer:innen wie der Auslandsreisenden fördern.

Der Bund will sich demnach ein Stück weit zurückziehen?

Nein. Wenn wir gebraucht werden, sind wir da, das haben wir in der Vergangenheit bewiesen, und das wird auch in Zukunft so sein. Schweizer:innen, die ins Ausland reisen oder sich dort niederlassen, sollen sich aber im Sinne des im Auslandschweizergesetz verankerten Prinzips der Eigenverantwortung vorbereiten. Dazu braucht es Präventionsarbeit, die das EDA bereits leistet, die wir kommunikativ künftig aber noch stärker begleiten wollen. Das EDA bietet zahlreiche Informationen als Hilfe zur Selbsthilfe. Für die Auslandschweizergemeinschaft gibt es die App SwissInTouch.ch, die den Kontakt zu den Vertretungen erleichtert. Auslandsreisenden stehen die Reisehinweise zur Verfügung, und sie können sich auf Travel Admin, der Reise-App des EDA, registrieren. Die Folgen der zunehmenden Reisetätigkeit nach Covid, häufigeren Privatbuchungen und nicht zuletzt der Sicherheitslage auf der Welt spiegeln sich in den Zahlen: Letztes Jahr gingen über 55 000 Anfragen auf der Helpline des EDA ein, ins-

«Wenn wir gebraucht werden, sind wir da, das haben wir in der Vergangenheit bewiesen, und das wird auch in Zukunft so sein.»

gesamt gab es 1087 Konsularschutzfälle, 17 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Wir erleben tatsächlich eine Krise nach der anderen.

Sind Sie selbst eigentlich rund um die Uhr erreichbar?

Grundsätzlich ja. Das Smartphone macht dies heute möglich.

Marianne Jenni trat 1991 als konsularische Mitarbeiterin ins EDA ein. Sie war in Paris, Lagos, Rom, London, Bagdad, Kinshasa und Kapstadt tätig, bevor sie 2013 nach Bern zurückkehrte, wo sie für das Lokal- und Honorarpersonal im Ausland sowie für die Immobilien des EDA verantwortlich war. Von 2021 bis 2024 war sie Missionschefin in Quito, Ecuador. In der Konsularischen Direktion wird sie unter anderem die Optimierung der digitalen Dienstleistungen vorantreiben und an Präventionsmassnahmen arbeiten.

Eidgenössische Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt.

Nächster Abstimmungstermin ist der 28. September 2025.

Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates, etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «VoteInfo» der Bundeskanzlei.



Volksinitiativen

Die folgenden eidgenössischen Volksinitiativen wurden bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- Eidgenössische Volksinitiative «Für eine finanziell starke, souveräne und verantwortungsvolle Schweiz (Bitcoin-Initiative)» (30. Juni 2026)
- Eidgenössische Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Grossunternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (7. Juli 2026)

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch/ > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun Svizra

Die Schweiz in der Tasche

SwissInTouch.ch
Die App für die Auslandschweizergemeinschaft

swissintouch.ch

Ausschliesslich hier erhältlich

«Am besten gefielen mir der Kontakt mit den Tieren und die wunderschönen Landschaften»

Die Auslandschweizerin Camille Strack ist in Frankreich aufgewachsen. Letzten Sommer hat sie auf einem Bauernhof in der Schweiz tatkräftig mit angepackt. Hier erzählt sie von ihren Erfahrungen, die sie dank der Organisation Agriviva machen konnte.

«Ich habe während einem Aufenthalt in der Schweiz von Agriviva gehört. Das hat mich neugierig gemacht. Ich fand auf deren Webseite alle notwendigen Informationen wie die Adressen der Bauernhöfe und ihre freien Einsatzdaten sowie Informationen über die Familie, den Bauernhof und die Aufgaben, die den Jugendlichen zugeteilt werden. Mit der Suche nach einer Bauernfamilie begann ich rund vier Monate vor dem Einsatzdatum.

Schliesslich wohnte ich im Juni drei Wochen lang bei einer Bauernfamilie im Berner Oberland, in der Nähe von Interlaken. Mein Tag begann früh, denn um sieben Uhr gab es Frühstück und um acht Uhr ging es zur Arbeit. Um zwölf Uhr nahm die ganze Familie gemeinsam das Mittagessen ein und kehrte daraufhin wieder zur Arbeit zurück. Die Kaffeepause um sechzehn Uhr war sehr wichtig, um den Tag mit Schwung beenden zu können! Meine Aufgaben waren sehr vielfältig; die häufigsten Arbeiten waren das Salzen des Käses mit Hilfe einer Maschine und das Auswaschen der Milchkannen. Ich half somit aktiv bei der Zubereitung des Käses mit.

Die Familie sprach Haslerdütsch, einen Schweizer Dialekt, den ich nicht gewohnt war. Ausserdem ist er nicht einfach zu verstehen, obwohl er weich und harmonisch klingt. Wir schafften es trotzdem, uns zu verständigen, auch wenn es manchmal herausfordernd war. Und ich konnte mein Deutsch verbessern!

Der Aufenthalt bei der Bauernfamilie hat mir sehr gefallen. Er ermöglichte mir, mein Selbstvertrauen zu stärken und die Arbeitswelt zu entdecken. Am besten gefielen mir der Kontakt mit den Tieren und die wunderschönen Landschaften.

Hier zwei kleine lustige Anekdoten: Es gab eine Ziege, die im selben Gehege wie die Schafe lebte. Sie hielt sich also für ein Schaf und benahm sich ebenso. Auch spielte ich mit den kleinen Kindern der Bauernfamilie Hühner fangen und wir versuchten, sie zum Fliegen zu bringen. Ich empfinde es berei-



Das Waschen der Milchkanne gehörte zu den Aufgaben von Camille Strack. Foto ZVG

chernd, dass ich gelernt habe, wie man Käse herstellt und wie man Kühe melkt. Zudem durfte ich am Alpaufzug teilnehmen, bei dem die Kühe, geschmückt mit Blumen und Glocken, auf die Alp zurückkehren. Das erste Mal Murmeltiere in freier Wildbahn zu beobachten, war ebenfalls eine unglaubliche Überraschung für mich.

Ich würde gerne wieder in die Schweiz zurückkehren, um noch auf einem anderen Bauernhof zu helfen, vielleicht während der Schulferien. Diese Erfahrung kann ich allen jungen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern empfehlen, die das Leben und die Arbeit auf einem Bauernhof in der Schweiz kennenlernen möchten.

Zurzeit bin ich dabei, die obligatorische Schule in Frankreich abzuschliessen. Ich überlege, ob ich für eine Ausbildung in die Schweiz kommen soll, was sich natürlich auf meinen weiteren Werdegang auswirken würde. Das Beratungsgespräch mit einer

Mitarbeiterin von [educationsuisse](http://educationsuisse.ch) hat mir bereits einen allgemeinen Überblick über die Ausbildungsmöglichkeiten in der Schweiz verschafft. Und die Suche nach einer Lehrstelle in der Schweiz ist eine Option, die ich ernsthaft in Betracht ziehe.»

RUTH VON GUNTEN

Educationsuisse bietet jungen Auslandschweizer:innen Beratung rund um das Thema «Ausbildung in der Schweiz» und gibt auch Tipps zu ersten Arbeitserfahrungen.



Educationsuisse
Ausbildung in der Schweiz
Alpenstrasse 26
3006 Bern, Schweiz
Telefon +41 31 356 61 04
info@educationsuisse.ch
www.educationsuisse.ch



Winterferienlager um Neujahr: Sichere dir deinen Platz!



Gruppenbild in der Sonne, aber nicht am Strand, sondern vor dem Alpenpanorama. Foto Pixofluna


Der Winter ist die Zeit für unvergessliche Erlebnisse im Schnee, und die Winterferienlager der SJAS bieten genau das! Ob in Valbella, Melchtal oder im legendären JUSKILA an der Lenk – für jedes Kind und jeden Jugendlichen gibt es den perfekten Ort, um Spass zu haben, neue Freundschaften zu

knüpfen und die eigenen Ski- oder Snowboardfähigkeiten weiterzuentwickeln. Ausnahmsweise ist unser Winterferienlager in diesem Jahr für Teilnehmende bis 15 Jahre – statt bis 14 Jahre – offen.

Unsere erfahrenen Leitungsteams sorgen für eine unvergessliche Zeit mit abwechslungsreichem Programm – sowohl auf als auch abseits der Piste. Vom sportlichen Wettkampf über gemeinsame Spielabende bis hin zu abenteuerlichen Ausflügen ist alles dabei. Der Zusammenhalt und das Ferienlagerfeeling stehen dabei immer im Mittelpunkt.

Wichtiger Hinweis für junge Auslandschweizer:innen, die sich einen Platz im Winterferienlager 2025/2026 sichern möchten: Das Anmeldeportal ist bereits offen! Die Plätze sind begehrt. Darum lohnt es sich, schnell zu reagieren. Weitere Informationen und die Anmeldung findet ihr auf unserer Webseite: www.sjas.ch/winterlager

ISABELLE STEBLER, SJAS


 Stiftung für junge Auslandschweizer
 Fondation pour les enfants suisses à l'étranger
 The foundation for young swiss abroad
 Fondazione per i giovani svizzeri all'estero

Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS)
 Alpenstrasse 24, 3006 Bern, Schweiz
 Telefon +41 31 356 61 16 |
info@sjas.ch | www.sjas.ch



YPSA: Was steht hinter diesen vier Buchstaben?

Die Abkürzung YPSA steht für «Youth Parliament of the Swiss Abroad», also fürs Jugendparlament der Fünften Schweiz. Wir sind ein Team von 13 jungen, engagierten Schweizer:innen aus der ganzen Welt. Und wir haben uns YPSA angeschlossen, um junge Auslandschweizer:innen in der ganzen Welt untereinander zu vernetzen. Dies tun wir mit Veranstaltungen, mit unserer Online-Präsenz und über den Austausch mit anderen internationalen Schweizer Plattformen.

In der Vergangenheit haben wir beispielsweise zusammen mit educationsuisse Online-Veranstaltungen organisiert, um Informationen über die Möglichkeiten einer Ausbildung in der Schweiz zu verbreiten. Zudem haben wir an einer Debatte über Biodiversität teilgenommen, die von Swissinfo veranstaltet wurde. Wir waren auch am Auslandschweizer-Kongress der ASO vor Ort, um die Interessen der jungen Auslandschweizer:innen zu vertreten.

Für dieses Jahr haben wir zahlreiche spannende Projekte und Veranstaltungen geplant. Bereits im März fand unser Austausch zum Thema «Umzug in die Schweiz» statt. In Planung ist eine Veranstaltung mit der Schweizergarde im Vatikan. Darüber hinaus planen wir weitere informelle Veranstaltungen, um mit jungen Schweizer:innen auf der ganzen Welt in Kontakt zu treten.



Max Groenvelde in Amsterdam. Foto Giuanna Egger-Maissen

Der beste Weg, um auf dem Laufenden zu bleiben? Schau regelmässig auf Instagram bei YPSA vorbei. Oder besuche unsere Webseite www.ypsa.ch, auf der du mehr über YPSA erfahren kannst. Dort kannst du dich auch für einen Newsletter anmelden. Denn wir von YPSA streben danach, mit jungen Auslandschweizer:innen in Kontakt zu treten: Lasst uns gemeinsam unsere Schweizer Identität feiern.

MAX GROENVELD, YPSA-PRÄSIDENT

www.ypsa.ch



Herzlichen Dank für eure Unterstützung!

Ein herzliches Dankeschön geht an alle Unterstützenden, Helfer:innen und Partner der SJAS, die unsere Ferienlager erst möglich machen. Ihr Engagement – ob auf der Piste, in der Küche, im Büro oder im Sponsoring – ist unbezahlbar und trägt entscheidend dazu bei, dass Kinder und Jugendliche aus aller Welt unvergessliche Ferien in der Schweiz erleben können. Wir schätzen eure Leidenschaft und euren Einsatz enorm. Gemeinsam schaffen wir für die jungen Auslandschweizer:innen Momente voller Freude, Freundschaft und Abenteuer. Danke, dass ihr Teil dieser Mission seid und mit uns weiterhin so tatkräftig an einem einzigartigen Ferienlagerangebot arbeitet!

(IS)

Wahl des Auslandschweizerrats: Bis am 11. Mai 2025 können Sie Ihre Stimme abgeben

Der Auslandschweizerrat (ASR) wird für die Amtsperiode 2025–2029 neu gewählt und wie wir schon in den letzten Ausgaben der «Schweizer Revue» dargelegt haben, können die Auslandschweizer:innen in bestimmten Ländern und Regionen ihre Delegierten direkt – per E-Voting – wählen. Nach einer aufwändigen Vorbereitungszeit sind die Wahlkämpfe der Kandidat:innen nun in vollem Gang.

Voraussetzungen zur Direktwahl: Wahlberechtigt sind alle Auslandschweizer:innen ab 18 Jahren, welche ihre E-Mail-Adresse rechtzeitig bei der zuständigen Schweizer Vertretung (Botschaft beziehungsweise Konsulat) registriert hatten. Was bleibt noch zu tun? Informieren Sie sich über die Kandidat:innen Ihres Landes oder Ihrer Region – entweder auf den regionalen Seiten dieser «Revue» oder auf der ASO-Webseite: www.revue.link/asr25



ASR-Sitzung in Luzern, Juli 2024. Foto Nicolas Brodard

Ganz entscheidend bleibt: Nutzen Sie den Abstimmungscode, welcher Ihnen vom EDA am 12. April 2025 per E-Mail zugestellt wurde, und stimmen Sie bis spätestens am Sonntag, 11. Mai 2025, ab.

ANDREAS FELLER, ARBEITSGRUPPE DIREKTWAHLEN

Auch 2025 lädt die ASO zu virtuellen Informationsveranstaltungen ein

Wie bereits in den Vorjahren hat die Auslandschweizer-Organisation (ASO) auch 2024 in Zusammenarbeit mit dem EDA und Soliswiss drei virtuelle Informationsveranstaltungen für Auslandschweizer:innen durchgeführt. Im Fokus standen dabei Fragen und Herausforderungen, die sich bei einer Rückkehr in die Schweiz stellen – sei es als Student:in, Rentner:in oder Arbeitnehmer:in. Diese Webinare wurden aufgezeichnet und können auf der ASO-Webseite nachträglich genutzt werden: revue.link/webinare

Da das Interesse weiterhin gross ist, werden auch im Jahr 2025 weitere Webinare durchgeführt. Die geplanten Webinare richten sich in erster Linie an Schweizer:innen, die bereits im Ausland wohnen. Sie können aber auch für Auswanderungswillige wichtige Informationen liefern. Zurzeit sind folgende Termine bekannt:

- 17. Juni 2025: Thema «Zivilstand»
- 16. September 2025: Thema «Steuern – Finanzen»
- 4. November 2025: Thema «Politische Rechte»

Detailliertere Informationen zu den einzelnen Webinaren werden im Laufe des Jahres auf der ASO-Website aufgeschaltet: www.revue.link/webinare
Wir freuen uns über Ihre Teilnahme.

REBEKKA THEILER RUF, ASO-RECHTSDIENST

Danke! Ihre Spenden halfen der «Schweizer Revue» über die Runden

Die kleinen und grossen Spenden von unseren Leserinnen und Lesern waren 2024 für die «Schweizer Revue» eine enorme Stütze: Der Rückhalt half, dem wachsenden Spardruck zum Trotz jenen unabhängigen Qualitätsjournalismus weiterzuverfolgen, für den das Redaktionsteam einsteht. Die Spenden festigten zudem das Bild einer Leserschaft in der Fünften Schweiz, welche die «Revue» als ihre Zeitschrift versteht. Wir hoffen sehr, dass wir auch 2025 auf Ihre Unterstützung zählen dürfen und freuen uns auf jede noch so kleine Zuwendung – und über grosse selbstverständlich ebenso.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Angaben für die Überweisung freiwilliger Abonnementsbeiträge:

Spenden mit Kreditkarte

www.revue.link/creditrevue

Zahlungen per PayPal

www.revue.link/revue

Spenden mit Banküberweisung

IBAN: CH97 0079 0016 1294 4609 8

Bank: Berner Kantonalbank

Bundesplatz 8

CH-3011 Bern

BIC/SWIFT: KBBECH22

Zugunsten: BEKB Bern

Konto 16.129.446.0.98

Auslandschweizer-Organisation

z/Hd. Herrn A. Kiskery

Alpenstrasse 26, CH-3006 Bern

Referenz: Support Swiss Review

So erreichen Sie die «Schweizer Revue»:

revue@swisscommunity.org

Telefon +41 31 356 61 10

Ariane Rustichellis Stichworte zum Abschied

Ariane Rustichelli verlässt die Auslandschweizer-Organisation (ASO). Sie leitete als Direktorin die Organisation in einer bewegten und von Veränderungen geprägten Zeit. Zum Abschied liefert sie hier in aller Kürze eine Einordnung in Stichworten.

Meilensteine

«Erreichtes wird schnell zur Selbstverständlichkeit. Im Rückblick staune ich aber erneut über die Meilensteine, die wir als ASO mitprägen durften: etwa das Auslandschweizergesetz, wo wir erfolgreich die Beibehaltung des Auslandschweizerregisters erstritten haben, der erleichterte Zugang zu Banklösungen für unsere Landsleute im Ausland und auch die neuen E-Voting-Tests für eidgenössische Abstimmungen.»

Dialog

«Wichtig war auch die Schaffung eines Jugendparlaments YPSA, des Youth Parliament of the Swiss Abroad. Es ist Teil des Dialogs, den die Fünfte Schweiz braucht. Den Willen zum Dialog zeigen wir auch mit dem neuen Webaufttritt, der die Auslandschweizer:innen in den Mittelpunkt stellt und damit auch den Swisscommunity-Grundgedanken.»

Erfolge

«Zu welchen Erfolgen ich als Direktorin der ASO beitragen durfte, werden letztlich andere beurteilen. Betonen möchte ich bloss, dass Erfolge das Ergebnis intensiver Arbeit sind. Ein Beispiel ist die unmittelbar bevorstehende Wahl des Auslandschweizerrats (ASR). Hier zeigt sich, wie sich die ASO und ihre Institutionen weiterentwickeln, und wie engagiert Menschen sich für diese Weiterentwicklung engagieren. Der ASR wird künftig nicht nur repräsentativer sein, sondern auch besser auf die Zukunft ausgerichtet.»

Wandel

«Die Fünfte Schweiz ist kein uniformes und unveränderliches Gebilde. Sie wandelt sich permanent. Früher trieb primär die Armut Schweizer:innen in die Ferne. Heute gehen die Jüngeren oft aus beruflichen Gründen für ein paar Jahre ins Ausland. Dazu kommt das Auswanderungsverhalten der Senior:innen. Erst wer diese sich wandelnden Dyna-



Ariane Rustichelli stiess 2008 zur ASO und übernahm zunächst die Verantwortung für Marketing und Kommunikation. Ab 2014 führte sie in Co-Leitung die Geschäftsstelle der ASO, bevor sie 2019 als Direktorin die alleinige Geschäftsführung übernahm. Nach fast 17 Jahren Engagement in der Organisation folgt sie nun ihrem Wunsch, sich mit 51 Jahren neuen persönlichen und beruflichen Horizonten zuzuwenden. Der vom ASO-Vorstand gewählte Nachfolger heisst **Lukas Weber**.

Foto ZVG

miken erkennt, kann die grosse, bunte Gemeinschaft der Auslandschweizer:innen gut vertreten und unterstützen.»

Rückhalt

«Es gibt auch Schattseiten. Nachgelassen hat zum Beispiel der Goodwill des Schweizer Parlaments gegenüber den Auslandschweizer:innen. Etliche Mitglieder des Parlaments sehen den Mehrwert nicht mehr, der von der Fünften Schweiz ausgeht. Es scheint, als schotte sich die Schweiz zunehmend ab. Das zeigt sich etwa an der Debatte über Altersrenten. Man wird vermehrt in aller Deutlichkeit aufzeigen müssen, dass die rund zehn Prozent im Ausland lebenden Schweizer:innen nicht «Profiteure des Systems» sind.»

Herausforderungen

«Die ASO ist für die Zukunft gerüstet. Neue Entwicklungen werden sie aber herausfordern. Sie wird mit weniger finanzieller Unterstützung durch die Eidgenossenschaft aus-

kommen müssen. Zugleich werden die zu lösenden Aufgaben laufend komplexer. Immerhin sind viele der Zukunftsaufgaben konkret und fassbar. So gilt es etwa dafür zu kämpfen, dass die politische Partizipation der Fünften Schweiz nicht eingeschränkt, sondern erleichtert wird. Denn das Recht aufs Wählen und Abstimmen ist ein Kernelement schweizerischer Identität – und die Fünfte Schweiz trägt zur Meinungsvielfalt bei, die unsere Demokratie braucht.»

Dankbarkeit

«Mein Abschied ist ein Aufbruch. Ein Aufbruch voller Emotionen. Mit Vorfreude auf das Neue. Und mit Dankbarkeit fürs Erlebte. Tiefe Dankbarkeit spüre ich vor allem gegenüber all jenen, die die vergangenen Jahre mit mir geteilt haben. Gemeinsam haben wir die Interessen der Auslandschweizer:innen bestmöglichst vertreten und verteidigt. Und wir haben dabei bewiesen, dass ein kollektives Engagement tatsächlich den Unterschied machen kann.»

Diskurs: Der Schmarotzer-Vorwurf trifft viele tief ins Herz

Statt als «gute Botschafter» gelobt zu werden, erfahren Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer vermehrt Kritik: Der Bericht der «Schweizer Revue» über die in der Schweizer Politik abgekühlte Haltung gegenüber der Fünften Schweiz löste eine heftige Debatte aus.



Früher gute Botschafter, jetzt plötzlich Schmarotzer?

ROLF BRUNNER, WÖSSINGEN, DEUTSCHLAND

Schmarotzer? Wie soll man das verstehen? Meine AHV habe ich mir in der Schweiz selber erarbeitet! Für mein Ersparnis Schweizer Geld auf einer Schweizer Bank zahle ich x-mal mehr Gebühren als ein anderer Schweizer. Weshalb soll ich ein Schmarotzer sein? Weil ich mein Heimat- und Geburtsland immer noch liebe? Weil ich, wenn ich gefragt werde, nur Positives über die Schweiz berichte? Ich glaube, da hat es in der Schweiz selber noch ganz andere Schmarotzer.

DANIEL WALDER, MANILA, PHILIPPINES

Auslandschweizer = Schmarotzer? Ich bin im AHV-Alter ausgewandert, denn mit weniger als 2000 Franken pro Monat kann man in der Schweiz nicht leben. Ich komme in meinem neuen Wohnland für alle Kosten auf, ohne Staatshilfen wie Prämienverbilligung, Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfebeiträge. In der Schweiz geblieben, könnte ich all das beantragen. Also spart der Staat viel Geld!

MONICA ROTH, TAROUANNT, MAROKKO

Es ist bedenklich, wie schnell sich Meinungen und Haltungen ändern, und selbst Politikerinnen und Politiker sich der positiven Auswirkung von guten, im Ausland lebenden Schweizer Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht bewusst sind. Deren Wirken ist effiziente Werbung für unser Land und darüber

hinaus eine Kraft für eine weltoffene, friedliche Haltung in einer im Moment kranken, gefährlich gewordenen Welt.

ERNST HINNEN, BRASILIEN

Ich bin vor 27 Jahren ausgewandert, weil ich meinen Arbeitsplatz verloren und keine neue Arbeit gefunden hatte. Ich war 51 Jahre alt. Statt zu klagen, habe ich den nicht einfachen Weg zu einer Arbeit im Ausland gewählt – und habe weiterhin meine AHV-Beiträge einbezahlt, was durchaus schwierig war. Ich fühle mich berechtigt, die Rente zu erhalten.

OSKAR SCHMID, OTTOBRUNN, DEUTSCHLAND

Wer die Gültigkeit einer Staatsbürgerschaft in Frage stellt, indem ein Unterschied eingeführt werden soll zwischen Schweizern, die im Ausland leben, und solchen, die in der Schweiz leben, stösst eine Tür auf, die schwer wieder zu schliessen sein wird.

CHRISTOPH BÄR, BREMEN, DEUTSCHLAND

Politik ohne Weisheit und Würde identifiziert fortlaufend Randgruppen und Minderheiten als Schuldige für alles Mögliche. Nun einmal wieder Bürger mit Wohnsitz im Ausland. Viele Auslandschweizer verliessen das Land erst mit 65. Ihre schmale Rentensituation ermöglicht kein Leben in Würde in der Schweiz. Mein Vorschlag: Alle Alten kehren zurück, machen Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe geltend, beanspruchen Wohnraum. Ist dem reichen Land damit aus seiner Not geholfen? Ferner gilt bis jetzt das Auslandschweizergesetz. Man halte sich daran – auch als Basher.

ANA HÜGLI, BOLIVIEN

Die engstirnige Sicht mancher Politiker enttäuscht mich immer mehr. Sie wollen nicht sehen, dass einer der grössten Reichtümer der Schweizer:innen genau ihre «schweizerische Art» ist. Das ist die Essenz der Schweiz! Und wer könnte die Schweiz im Ausland bes-

ser vertreten als die Schweizer:innen, die im Ausland leben? Überall auf der Welt sind viele stolz auf ihren Bezug zur Schweiz. Es ist wie eine Art Markenzeichen, um das herum sich Unternehmen und Institutionen bilden, die respektiert und als sehr gut, wenn nicht sogar als exzellent angesehen werden.

MARLENE ROMANG, KALAMATA, GRIECHENLAND

Allein mit meiner AHV-Rente von zirka 1450 Franken könnte ich in der Schweiz nicht leben. Es würde den Staat viel kosten, wenn ich in der Schweiz leben wollte und Ergänzungsleistungen beantragen müsste! In Griechenland komme ich gerade über die Runden und falle niemandem zur Last!

CHRISTIAN SCHNEIDER, LINDEN, DEUTSCHLAND

Menschen, die zeitweise im Ausland leben, empfinden ein offeneres Verhältnis zu anderen Kulturen. Demzufolge ist es nicht überraschend, dass Wahl- und Abstimmungsergebnisse in der Fünften Schweiz eher liberal, sozialdemokratisch, grün ausfallen. Dass dies bei konservativen Kräften in der Schweiz nicht gut ankommt, ist, denke ich, einer der wesentlichen Gründe für deren Zorn auf die Auslandschweizer.

JEAN-LUC PRAZ, CORONEL, CHILE

Ist es denn überraschend, dass eine meiner Meinungen nach kleine Gruppe die Auslandschweizer als schlechte Schweizer oder Halbschweizer betrachtet? Ich denke nicht, da der Status als Ausländer in einem Land das Leben zunehmend erschwert. Im Land, in dem ich lebe, werden bereits Gesetze erlassen, die auf ausländische Einwohner abzielen. Es überrascht mich daher nicht, dass man in der Schweiz für Schweizer Bürger, die einen anderen Weg gewählt haben, dasselbe vorhat.

GUIDO PRAMPOLINI, UNGARN

Übrigens zahlen alle Auslandschweizer Quellensteuer auf ihre Pensionskasse. Herzlichen Gruss von einem Auslandschweizer, der zur Pension ausgewandert ist, da er sonst in der Schweiz die Ergänzungsleistungen in Anspruch nehmen müsste. Und nein, er brät sich nicht das ganze Jahr den Wanst an der Sonne ...

Zahllose weitere Kommentare finden Sie online, am Ende des in der «Revue» 1/2025 erschienenen Ausgangsartikels «Früher gute Botschafter, jetzt plötzlich Schmarotzer?»: www.revue.link/schmarotzer

the ticket

Ein Grund mehr, die
öffentlichen Verkehrs-
mittel zu nutzen:



Grenzenlos reisen
mit dem Swiss Travel Pass

Mehr Information
switzerland.com/swisstravelpass

travel swi + zerland